

# **Landesbibliothek Oldenburg**

## **Digitalisierung von Drucken**

[urn:nbn:de:gbv:45:1-43797](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-43797)

# Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. Abonnementspreis bei Vorauszahlung für ein Jahr einjährig 1,20 M., bei Selbstabholen von der Expedition 1,10 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 3,60 M., für zwei Monate 2,40 M., monatlich 1,20 M. einjährig Postgebühren.

Redaktion und Hauptexpedition Peterstr. 76  
Fernsprechanschl. 58, Amt Wilhelmshaven  
— Filiale Ulmenstraße 24. —

Bei den Inseraten wird die 7-gelappte Zeile oder deren Raum für die Inserenten in fünfzig- und hundertmaligen und Umgebend, sowie der Zitate mit 25 Pf. berechnet, für sonstige auswärtige Inserenten 35 Pf.; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Größere Anzeigen werden tags vorher erbeten. — Platzbestimmungen unverbindlich. Preisliste 86 Pf.

52. Jahrgang.

Küstringen, Mittwoch, den 10. Juli 1918.

Nr. 159.

## Die gescheiterte russische Gegenrevolution.

### Der verunglückte Sozialrevolutionäre Putsch.

Das Eingekländnis des Gebländmordes.  
Moskau, 7. Juli, nachts. In Moskau ist der Belagerungsstand erklärt. Die gestern nacht von den linken Sozialrevolutionären besetzte Telefon- und Telegraphenstation ist von den Bolschewiki einige Stunden später zurückerobert worden. Die in ihren Quartieren mit Artillerie beschützten linken Sozialrevolutionäre haben im Laufe des gestrigen Tages Paradenmärsche gehalten. Die Bolschewiki haben sich in den letzten Tagen unterworfen. Die Sozialrevolutionäre sollen sich auch mit der Unterstützung zum Streit an die Eisenbahnen gewandt haben; sie haben anscheinend eine Abgabe erhalten. Gerüchte, daß in Petersburg, Kowno und in anderen Städten der Aufruf losgeschrien sei, werden von der Regierung als unbegründet bezeichnet. Die linken Sozialrevolutionäre haben gestern nach ein Bulletin herausgegeben, in dem sie mitteilen, daß Graf Mirbach von der Terroristenaktion der linken Sozialrevolutionäre getötet worden sei. Nach einer Mitteilung der Regierung haben die bisher verhafteten Führer der linken Sozialrevolutionäre, worunter sich Spiridonowa befindet, ausgetanzen, daß das Attentat mit Wissen der Parteileitung ausgeführt worden ist, um den Bruch des Breiter Friedens zu erzwingen. Soweit bisher festzustellen ist, hat das Attentat und die jetzigen der Gegenrevolutionäre ausgehenden Paraden gegen Deutschland diesen alle Anhänger und Helfer abgewandt gemacht. Infolgedessen besteht begründeter Anlaß, daß die Bolschewiki der Lage in Moskau Herr werden. Die über den Gebländmord angeordnete Untersuchung hat weiter ergeben, daß das Verbrechen offenbar von langer Hand vorbereitet worden ist.

### Die Unterstützung der Entente.

Wien, 8. Juli. Die Rundschau meldet aus Stockholm: Die Bolschewiki sind im Besitz einwandfreier Dokumente, aus denen hervorgeht, daß nicht nur die Gegenrevolution von der Entente genützt und geleitet werde, sondern daß auch eine weitverzweigte Organisation unter dem Schutze der Entente etabliert wurde, die darauf abzielt, terroristische Akte gegen die Bolschewiki zu veranlassen. Diese Organisation ist in Russland durchzuführen, zum mindesten zwischen den Zentralmächten und Russland zu sein und monatelang den Kontakt zu unterhalten. Die Ermordung des Grafen Mirbach hängt bereits mit dieser Aktion zusammen. Der russische Volkskommissar Urick erbatte in einer Petersburger Arbeiterversammlung den Nachweis, daß die russischen Gegenrevolutionäre, deren Zentrum Moskau ist, von England allein 40 Millionen Rubel Geldunterstützung erhalten, um gegenrevolutionäre Unternehmen zu finanzieren. Angeblich stehen an der Spitze dieser Bemühungen von terroristischen Aktionen bestimmte Agenten aus der Schule Agass's. Die kürzlich in Petersburg erfolgte Ermordung des Volkskommissars für Verleumdungen, eines intimen Freundes Trotski's, war ebenfalls das Werk dieser Terroristen. Die Regierung der Sowjets bereitet außerordentliche Maßnahmen zum Schutze der fremden Missionen in Russland vor. Die Säisuidungen in Moskau dauern fort und liefern schwerbelastendes Material gegen die Entente. Wie aus Kreisen der Regierung berichtet wird, dürfte die endgültige Auseinandersetzung zwischen Russland und der Entente nunmehr unausweichlich werden. Die Sowjets werden die Entente als Feinde Russlands proklamieren und das Volkstheer zum aktiven Schutze gegen ihre Untriede aufrufen.

### Mobilmachung des Arbeiterheeres.

(W. L. B.) Moskau, 7. Juli. (R. L. M.) Der Rat der Volkskommissare ordnete die Mobilmachung der 1896 und 1897 geborenen und dauernd oder vorübergehend in Moskau wohnenden Arbeiter an. Durch einen Erlass des Volkskommissars Trotski wird die Lösung der Soldaten der roten Garde für Unverheiratete auf 150 und für Verheiratete auf 200 Rubel monatlich erhöht. Die Maßregel ist veranlaßt worden durch die Verpflichtung für ernste Arbeit, die den Soldaten in der letzten Zeit durch den Kampf auf der inneren und äußeren Front verurteilt wurde.

### Der Abmarsch der Sozialrevolutionäre aus dem Sowjet.

(W. L. B.) Moskau, 8. Juli. (R. L. M.) Der Moskauer Sowjet hat beschlossen, die den Parteien der Sozialrevolutionäre

### Gesteigerte Kampftätigkeit an der Westfront.

(W. L. B.) Großes Hauptquartier, 9. Juli. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz:  
Seceresgruppe Kronprinz Rupprecht: Südlich vom La Bassée-Kanal wurden mehrfach wiederholte Teilangriffe des Feindes und auf dem Südufer der Somme starke Vorstöße des Feindes abgewiesen.  
Der Artilleriekampf blieb in diesen Abschnitten lebhaft und nahm am Abend beiderseits der Somme teilweise große Stärke an.  
Seceresgruppe deutscher Kronprinz: Westlich von Arras (südwestlich von Royon) haben sich heute früh heftige örtliche Angriffe des Feindes entwickelt. Am Walde von Villers-Catteret schickten Teilangriffe der Franzosen in unseren Kampfgelände.  
Gestern wurden 18 feindliche Flugzeuge abgeschossen. Leutnant Willek errang seinen 23. und 24. Leutnant Friedrich seinen 21. Luftsieg.  
Der Erste Generalquartiermeister: v. Lubendorf.

und der Menschheit angehörigen Mitglieder aus seiner Körperschaft auszuschließen.

### Aus der russischen Volkschaft in Berlin.

Berlin, 8. Juli. Die russische Volkschaft in Berlin hat, wie dem Berliner Tageblatt aus Moskau mitgeteilt wird, heute, nachdem die drabliche Störung mit Moskau beboben worden ist, wieder direkt mit der Regierung in Moskau sprechen können. Sie erhielt die Mitteilung, daß gegen alle Elemente, die den Abbruch der Beziehungen mit Deutschland herbeiführen wollen, mit der drablichsten Rücksichtslosigkeit vorgegangen wird. Wer Zoffe ist von der Gruppe getrennt und leidet die Gesichte der Volkschaft wieder verstimmt.

### Die Bolschewiki behaupten sich.

(W. L. B.) Moskau, 8. Juli. Die Kämpfe in Moskau sind bisher zu Gunsten der Bolschewiki ausgefallen.

Wanda veröffentlicht über die Ermordung des Grafen Mirbach einen Artikel, in dem u. a. folgendes gesagt wird: Gegen drei Uhr nachmittags sind zwei Agenten des russisch-englisch-französischen Imperialismus zum deutschen Gebländ Grafen Mirbach auf Grund der gefälschten Unterschrift des Genossen Dierjinski mit falschen Weglaugungsprotokollen vorgegangen und haben unter dem Schutze dieses Dokumentes den Grafen Mirbach ermordet. Einer dieser Salanten, der die provokatorische Tat beging, die schon seit langem und verächtlich in der Sowjetpresse mit der Verdröderung der Monarchisten und Gegenrevolutionäre in Zusammenhang gebracht worden ist, ist nach den vorhandenen Meldungen ein linker Sozialrevolutionäre, ein Mitglied der Kommission von Dierjinski, der sich vertrittsicherweise vom Dienst der Sowjetregierung losgelöst und zum Dienst bei den Deutschen übergegangen. In Russland in den Krieg zu verwickeln trachten und damit die Wiederherstellung der Regierung der Bolschewiki und Nationalisten fördern wollen. Russland befindet sich unerschütterlich durch die Schuld von Salanten aus den Reihen der linken Sozialrevolutionäre, die sich auf den Weg zum Kampf und die Sowjets verleiten ließen, auf Haarsbreite vor dem Krieg. Schon der erste Schritt der Sowjetregierung in Moskau zur Ermordung der Mörder und ihrer Helfershelfer wurde von den linken Sozialrevolutionären damit beantwortet, daß sie einen Aufruf gegen die Sowjetregierung begannen. Sie bezielten zeitweilig das Kommissariat von Dierjinski, verbotenen den Vorstehenden Dierjinski und das Mitglied Loxie und die hervorragenden Mitglieder der russischen kommunistischen Partei (Bolschewiki). Die linken Sozialrevolutionäre benutzten sich jedoch der Telephonstation und begannen eine Reihe militärischer Handlungen, in denen sie mit bewaffneter Kräfte einen kleinen Teil Moskaus besetzten und die Sowjetautonobile abzurufen begannen. Die Sowjetregierung hat als Gegenmaß alle im Großen Theater befindlichen Dezentern des 8. Korps der Sowjets aus den Reihen der linken Sozialrevolutionäre festgehalten und alle Maßregeln getroffen, um die Pläne der weißen Garbisten nicht zu unterdrücken und zu liquidieren. Alle, die den Wahnsinn und das Verbrechen eiferten, wodurch

Ausland jetzt in den Krieg verwickelt würde, unterstützen die Sowjetregierung. Daran, daß der Aufruf schnellstens liquidiert wird, besteht auch nicht die leiseste Zweifel. Alle auf ihren Köpfen! Alle zu den Waffen! Alle zu den Dienern der weißen Garde!

### Vom Seekrieg.

17000 Br.-R.-T. vernichtet.

(W. L. B.) Berlin, 8. Juli. (Amtlich.) Unsere U-Boote haben im Seegebiet um England 17000 Br.-R.-T. feindlichen Handelschiffsräume vernichtet. Der Hauptanteil an diesen Erfolgen hat das von Kapitänleutnant von Nabenau (Reinhardt) besetzte Boot, das an der Ostküste Englands sechs Dampfer, zum größten Teil aus stark gesicherten Geleitzügen heraus, versenkte.

### Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Berichte nordische Schiffe.

(W. L. B.) Kopenhagen, 8. Juli. In den letzten Tagen wurden wieder mehrere nordische Schiffe vernichtet, u. a. der Dampfer „Boerhis“, 698 Tonn. Er war von der englischen Regierung übernommen und fuhr mit englischer Besatzung. Ferner wurde vernichtet der Dampfer „Sugbald“, 2098 Tonn; die Besatzung wurde gerettet, 15 Personen wurden vernichtet. Von der nordischen Bark „Petersen“ wurde ein Rettungsboot durch ein Lootsenboot in einen norwegischen Hafen eingeschleppt. Die Bark wurde am Mittwoch abend vernichtet. Die Besatzung ging in zwei Boote, das zweite, unter Führung des Steuermanns, wird noch vermisst. Die norwegische Bark „Galantine“ wurde in der Nordsee vernichtet. Bis hier ist nur ein Matrose in England gelandet, das Schicksal der übrigen Besatzung ist unbekannt.

### Der Krieg mit Italien.

Am die Casson-Stellungen.

(W. L. B.) Wien, 8. Juli. Amtlich wird verlautbart: Das Ringen um die Casson-Stellungen östlich des Monte Berico dauerte bis in den Nachmittags an. Siebenmal hatte sich das wackeren Doacere Regiment Nr. 79 im Gegenstoß auf den Feind geworfen, die dessen Angriffskraft völlig abgedrosselt war und er endgültig in seine Gräben zurückzuziehen mußte. Der Regimentskommandeur der Doacere, Oberleutnant Carl Zoller, ist an der Spitze seiner Truppen den Heldentod gestorben. Somit ist im Südwesten keine größeren Kampfhandlungen.

In Albanien ging gestern der Nationalen an der mittleren und unteren Dohina mit hartem Beschlage zum Maroff über. Wir nahmen unter im Hüfital vorgehenden Politierungen gegen die Hauptstellung zurück.

### Der Chef des Generalstabes.

Italienischer Seceresbericht vom 7. Juli.

(W. L. B.) Zwischen Gite und Biave gepanmen unsere Truppen in einem vortrefflichen Manöver und durch ihren unüberwindlichen Eifer das rechte Ufer des Venen Flusses und füllten den Geyter jenseits des Flusses zurück. Sie vertrieben sich auf dem weiten wiedergewonnenen Gebiet, das auf jeden Schritt Spuren des heldenhaften Kampfes zeigt und Beweise der alle Verstellungen übersteigenden Verluste des Feindes aufweist. Das 28. Armeekorps fügte, als es dieses schmerzhafte Unternehmen fertig durchgeführt, neue Verbände seinem Ruhme zu. Die dritte Infanteriebrigade zeichnete sich besonders aus. Das Verhalten aller Truppen war prachtvoll. Die Infanterie, welche ein Marine-Regiment eingereicht war, kämpfte mit großem Scheit. Die Artillerie des Armeekorps und der Marineabteilung trug wesentlich zum Erfolge durch das äußerst wirksame Feuer bei. Unsere Flugzeuge, diejenigen der Allierten und die Wasserflugzeuge der Marine bewiesen ihre gewöhnliche Tapferkeit. Eine besondere Erwähnung verdient wieder das 88. Bionterbataillon wegen der von ihm bewiesenen außerordentlichen Tapferkeit. Auf der Höhe von Biago machte eine französische Abteilung einen glänzenden Eindruck in die feindlichen Reihen von Bocchi, besetzte nach einem lebhaften Kampf die Besatzung, nahm drei Offiziere gefangen und erbeutete zwei Maschinengewehre. Zwischen dem Ziele der Fronte und der Brande verlor die Gegner drei Gegenangriffe auf unsere Stellungen von Sorbonne, wurde aber blutig eingeschlagen.

### Aus dem Westen.

Französischer Seceresbericht vom 7. Juli, abends.

(W. L. B.) Vom Verlauf des Tages ist nichts Besonderes zu melden.

Englischer Heeresbericht vom 7. Juli, abends. (B. L. B.) Vollständige Ruhe an der britischen Front. 17 Tausend Bomben wurden auf verschiedene Ziele abgeworfen.

Englischer Heeresbericht vom 8. Juli, vormittags. (B. L. B.) Die Australier haben ihre Linie leicht auf einer Front von 8000 Yards von der Sonne an vor, wobei sie verschiedene Gefangene machten. Schottische Truppen machten Gefangene und führten einen erfolgreichen Angriff südlich des La Rossie-Kanals aus.

### Deutscher Reichstag.

Vom Tische des Bundesrates: von Payer. Präsident Scheubach eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 30. In Stelle des erkrankten Abg. Dr. Neumann-Geser (Rp.) und des verabschiedeten Abg. Dr. Pölsler (Zentr.) werden zu Hilfspräsidenten gewählt die Abg. Dr. Doornmann (Rp.) und Dr. Pfeiffer (Zentr.). Auf der Tagesordnung steht zuerst die

#### Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstages um ein weiteres Jahr.

Abg. Scheibemann (Soz.): Diese Verlängerung unserer Mandatsdauer ist uns notwendig unangenehm und unwillkommen, wenn uns darüber hinaus noch eine weitere Verlängerung unseres Einflusses erhoffen. Sie sind aber unmöglich, selbst wenn die Soldaten wählen könnten, wäre doch die Einigung auf Minderarbeit nicht möglich. Abg. Albrecht (L. Soz.): Wir lehnen die Vorlage ab. Die Reichswahlen haben gezeigt, daß man auch im Krieg wählen kann. Freilich unter den gegenwärtigen Umständen ist nicht mehr möglich. Denn die parteiliche Stimmung der Wähler hindert den Willen der Wähler. Die Verlängerung der Mandatsdauer verlangt auch den Krieg und ist überdies verfassungswidrig und ungültig. Die Vorlage wird in allen drei Lesungen verabschiedet. Ebenso ohne Ausspäherung das Gesetz über die Verlängerung der Mandatsdauer des Landtages für Elsaß-Lothringen. Es folgt sodann die

#### Reichstagswahlreform.

Die zur zweiten Lesung stehende Vorlage verneht die Zahl der Reichstagsmandate für die Wahlkreise Berlin auf 10, Leipzig auf 7, Gumburg auf 5, Wabum und Weizburg auf 4, Köln, Breslau, Duisburg, Dortmund, Essen, Hagen, Bielefeld, Münster und Dresden auf je 3 und Frankfurt a. M., Düsseldorf, Elberfeld, Hannover, Stuttgart, Königsberg, Gießen, Kiel, Regensburg, Nürnberg, Chemnitz, Mannheim und Bremen auf je 2. In all diesen Wahlkreisen wird die Verhältniswahl durch gebundene Listen eingeführt.

Abg. Landberg (Soz.): Gegenüber den Wahlkreisveränderungen in manchen anderen Ländern ist diese Form nicht mager und selbst da erklärt die Regierung noch, man dürfe nicht darüber hinausgehen. Wo bleibt das Frauenwahlrecht? Von der Arbeit der deutschen Frauen in den Fabriken hängt die Leistungsfähigkeit der deutschen Heere ab. Wir beantragen den allgemeinen Proporz. Abg. Dr. Müller-Meiningen (Rp.): Der sozialdemokratische Antrag auf Einführung des allgemeinen Proporzgesetzes ist ein reiner Demagogensatz. Seine Annahme müßte die Vorlage zum Scheitern bringen.

Abg. Dr. Bell (Zentr.): Der vom Ausschuss beschlossene § 5a, der je ein neues Mandat für diejenigen Wahlkreise mit über 300 000 Einwohnern, deren Vollsatz um 200 000 weiter gewachsen ist, vorgesehen ist, wäre ein Sprung ins Dunkle, den wir nicht mitgehen.

Abg. Graf Westarp (Konf.): Wir stimmen gegen den Gesetzentwurf. Die Verhältniswahl führt zu vermehrter Agitation. Abg. Dr. Herzfeld (L. Soz.): Diese Vorlage verschärft noch die Ungleichheit des Wahlrechts für die Arbeiterklasse. Wir lehnen das Gesetz ab. Die Arbeiter werden das gleiche Wahlrecht erlangen.

Abg. Dr. von Arnim (Rp.): Die Vorlage ist ein Anzeichen für die Unfähigkeit der Reichsregierung. Abg. Hoff (Rp.): Den konstitutionellen Antrag, wonach die jetzt zu Landtagen geborenen sächsischen Vorworte aus diesen Wahlkreisen herausgenommen und den sächsischen hinzugefügt werden sollen, lehnen wir ab.

Der sozialdemokratische Antrag wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Unabhängigen Sozialdemokraten, der Sozialisten und der Arbeiterpartei angenommen. Es folgt die Besprechung des § 5a (automatische Mandatsvermehrung bei Abnahme der Volkszahl der Reichswahlkreise um mehr als 200 000).

Zu § 12 beantragt das Zentrum Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Es soll, wenn mehr als die Hälfte aller auf einen Wahlvorschlagn abgegebenen Stimmzettel dieselbe Forderung an dem Wahlvorschlagn vorgenommen haben, nicht mehr der ursprüngliche Wahlvorschlagn, sondern diese Forderung gelten.

Abg. Kuffner (Zentr.): Begründet den Antrag, man muß die Möglichkeit haben, einen Kandidaten, den sich im letzten Augenblick das Vertrauen der Wähler verschert hat, nicht zu wählen. Abg. Dr. Müller-Meiningen: Auch wir wollen, daß Änderungen an einem Stimmzettel nicht den ganzen Stimmzettel ungültig machen, aber im übrigen möchten wir die Verhältniswahl so einfach wie möglich gestalten, sonst wird sie niemals populär werden. Wir stimmen daher gegen den Antrag des Zentrums.

Unterschiedssekretär Dr. Arenal: Die Reichsregierung wird in die Wahlordnung die Bestimmung aufnehmen, daß eine Veränderung einzelner Wähler in der Reihenfolge der Namen der zu wählenden Personen bei der Feststellung des Wahlbezuges nicht beachtet werden soll. Der Stimmzettel wird dadurch also nicht ungültig, falls die Streichung einzelner Namen hat keine Ungültigkeit zur Folge.

Abg. Graf Westarp (Konf.) spricht für den Antrag des Zentrums. Abg. Dr. Gredanauer (Soz.): Wenn man Änderungen an der Wahlordnung zuläßt, auch nachdem sie eingebracht sind, gerade dann wird es einen Kampf der Klagen in der Partei um die erste Stelle auf dem Wahlvorschlagn geben. Die Wiederherstellung der Regierungsvorlage zu § 12 wird abgelehnt. § 5a wird in nachträglicher Abstimmung mit 136 Stimmen der gesamten Linken einschließlich Polen und Elsaß gegen 130 Stimmen der Rechten und des Zentrums angenommen. Der Rest des Gesetzes wird unverändert angenommen.

Der vom Abg. Dr. Müller-Meiningen beantragten sofortigen dritten Lesung widerspricht der Abg. Gröber (Zentr.). Bei der

#### Beamtenorganisation in Meer und Marine

Der Hauptausschuß Nichtlinien aufgestellt, in denen u. a. bessere Beschäftigungsbedingungen gefordert werden. Abg. Trimborn (Zentr.) empfiehlt die Vorschläge des Ausschusses.

Abg. Stahf (Soz.) bringt einzelne Beschwerden von Beamten und Arbeitern der Spandauer Werftstätten vor.

General von Dren erklärt, daß alle Wünsche eingehend durchgearbeitet werden. Man könnte einen Beurteilungsbund der Beamten schaffen.

Generalbeauftragter von Goppel: Alle Arbeiter erhalten Urlaub mit Lohn, eine Abmilderung der Einkommensteuer mit 10 Prozent auf die in der Privatindustrie gezahlten Löhne hat stattgefunden. Wir haben keinerlei Verabredung getroffen, um diese Einkünfte herabzusetzen. Wir haben bisher 11 000 Kriegsgeldbescheide eingeleitet, darunter 13 Kriegsgeldbescheide.

Abg. Reichardt (Rp.): Rückmeldung aller Beamtenklagen müssen beschleunigt, für neue dienstliche Beamtenstellen müssen für die Beamtenbeschäftigung durchzuführen, um dann zur Abjundierung zu kommen.

Abg. Sels (Nat.) erörtert die Frage der Schaffung eines Beamtensozialversicherungsfonds. Der Umtausch hat diesmal wirklich fruchtbarere Arbeit getan im Sinne einer tatsächlichen Reform.

Die Ausschüsse sind dementsprechend angenommen. Dienstag 11 Uhr: Kreditvorlage, Zweite Lesung der neuen Steuern.

### Arbeitsstammertommision.

#### Widmals das Unannehmbar der Regierung.

Die Erörterung der grundsätzlichen Fragen wurde in der letzten Sitzung vor der Vertagung des Reichstages am 8. Juli zu Ende geführt. Beschlossen wurde, daß für die den Verkehr dienenden gemeinnützigen Staatsbetriebe Arbeitsstammern innerhalb der betreffenden Betriebsverwaltung gebildet werden, und weiter, daß für die Wahlen der Arbeitervertreter sinngemäß die Vorschriften des Gesetzes gelten. Das letztere bedeutet also, daß direkte Wahlen auch für die Eisenbahnstammern stattfinden und daß ihre Organisationsfunktion wärter sind. Des ferneren wurde beschlossen, daß die Stammern nur die besonderen Verhältnisse des Betriebes, für welche sie errichtet sind, zu erörtern und zu beschließen haben, daß aber bei Beratungen der allgemeinen Arbeitsstammern über Angelegenheiten, welche gemeinsame wirtschaftliche oder soziale Interessen aller Arbeiter oder Unternehmungen des Bezirks der Stammern betreffen, Vertreter der Arbeitnehmer und Unternehmer aus den besonderen Stammern in die allgemeine Kammer eintreten. Soweit der Bezirk einer gemeinsamen Kammer mehr als einen Bezirk einer öffentlich-rechtlichen Vertretung von Handel und Industrie umfassen, sollen Bezirksabteilungen hinsichtlich in Inlehnung an die Bezirke dieser öffentlich-rechtlichen Vertretung von Handel und Industrie gebildet werden. Auch in diese Bezirksabteilungen sollen bei der Verhandlung gemeinsamer wirtschaftlicher oder sozialer Fragen dieses Bezirks Vertreter der Fachmannern eintreten.

Von Bedeutung ist eine Erklärung des Regierungsvorsetzenden, daß je unter der grundsätzlichen Gestaltung der Arbeitsbedingungen, über die die Eisenbahner die Einigungsämter der Arbeitsstammern anrufen können, die gesamten Fragen des Arbeitsverhältnisses verbleibt, also die Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit, der Annahme, des Urlaubs usw. Unausgeschlossen sollen nur Eingeklagten sein, über die der Arbeiter eventuell die Entscheidung der zuständigen Gerichte anrufen kann. Die nähere Formulierung der grundsätzlichen Befehle der Kommission wurde einem geringfügigen Unterausschuß übergeben, der acht Tage vor dem Wiedereröffnungstermin des Plenums im Herbst mit seinen Arbeiten beginnen und dann dem Gesamtausschuß für die zweite Lesung den entsprechenden durchgearbeiteten Entwurf vorlegen soll.

Der Staatssekretär Pfeiffer v. Stein hielt sich für verpflichtet, der Kommission zum Schluß noch einmal seine ersten Bedenken gegen eine Reihe der von der Kommission gefassten Beschlüsse vorzutragen. Die Regierung habe den ersten Wunsch, daß aus den Beratungen der Kommission Ersprießliches erwachse. Die Regierung müsse jedoch daran festhalten, daß der sachliche Aufbau der Stammern das Primat sein müsse, und daß territoriale Stammern nur in der Maß der durch sachliche Stammern nicht erhöhten Arbeiter in Frage kommen könnten. Auch an der Umgestaltung der Vertretungsweise wie sie der Entwurf vorschle — also Ausschüsse der Seeleute und Landarbeiter — meinte die Regierung unbedingt festhalten zu müssen. Er fürchtete, daß bei dieser Sachlage die Arbeiten der Kommission erschwert sein könnten. Wenn trotzdem ein Vertreter der Regierung an den Beratungen des Unterausschusses, dem Wunsch der Kommission entsprechend, teilnehmen werde, so dürften daraus keine Forderungen für eine spätere Zustimmung der Regierung hergeleitet werden.

In eine Erklärung dieser Erklärung trat die Kommission nicht ein. Es bleibt also dabei, daß der Unterausschuß auf Grund der Kommissionsbeschlüsse eine Umarbeitung der Regierungsvorlage vornimmt. Dazu soll die Prüfung der Frage gehören, ob das gewerbliche Einigungsweien ganz in diesen Gesetz geregelt werden soll.

### Das Programm der Zentrumsparlei.

So wunderbar es erscheint, aber es ist so: die große, starke, tüchtige Zentrumsparlei hat kein Programm. Nun beröckichtigt der Reichsausschuß des Zentrums am Sonnabend, Nichtlinien für die Parteiarbeit, und die Germania, das Hauptorgan des Zentrums, gibt ihnen die Ueberschrift: Das Programm der Zentrumsparlei.

Als Programm hat dem Zentrum bisher das Programm seiner Reichstagsfraktion dienen müssen. Es stammt aus dem Jahre 1871 und ist so kurz, daß wir es hier herleben können:

1. Der Grundcharakter des Reiches als eines Bundesstaates soll gewahrt, demgemäß der Beitritt, die auf eine Veränderung des föderativen Charakters der Reichsverfassung abzielende, entgegengekört und von der Selbstbestimmung und Selbsttätigkeit der einzelnen Staaten und allen inneren Angelegenheiten nicht mehr gewöhrt werden, als die Interessen des Ganzen es unabweislich fordern.
  2. Das moralische und materielle Wohl aller Volksschichten ist nach Kräften zu fördern; für die bürgerliche und religiöse Freiheit aller Angehörigen des Reiches ist die verfassungsmäßige Festhaltung von Garantien zu erwirken und insbesondere das Recht der Meinungsäußerung gegen Eingriffe der Gesetzgebung zu wahren.
- Der dritte Absatz erklärt, daß für die Fraktionsmitglieder bei der Abstimmung im Reichstag kein Zwang besteht,

Das ist die Verfassung, die sich die Zentrumsparlei vor einem hohen Publikum gegeben hat, ohne jedoch das Bedürfnis nach einem Aenderen oder Ergänzen gehabt zu haben. Im Gegenteil: das Zentrum hat die Abmilderung eines Bundesprogramms stets als für seine Politik äußerst vorteilhaft empfunden. Es wollte gar kein Programm, und nur der alles umwälzende Weltkrieg hat auch die Zentrumsparlei gezwungen, sich wenigstens einen Programm-Erbs zu holen. Denn die neuen „Nichtlinien“ lassen dem Zentrum genau den gleichen weiten Spielraum, den es bisher in politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kulturpolitischer hatte.

Das Fehlen des Parteiprogramms mußte die seit Bestehen des Reichstages erlassenen zwölf Wahlaufrufe der Zentrumsfraktion verdrängen. Diese Wahlaufrufe haben dem Zentrum die Möglichkeit, ein Programm zu entwickeln, wie es die Wahlkonjunktur gerade als vorteilhaft erdienen ließ. Man kann in ihnen ein fortlaufendes und immerwährendes Anpassen an die Zeitströmungen feststellen. Das wäre bei einem wirklichen Programm nicht möglich gewesen. Bei einem solchen hätte man grundsätzliche Stellung nehmen müssen zu Verfassungs-, Steuer-, Militär- und anderen Problemen, insbesondere auch zu der Frage, die seit länger als einem Jahrzehnt das Gesamtinteresse des deutschen Volkes, nicht nur des bürgerlichen, aufs intensivste beschäftigt hat: die Wahlrechtsfrage. Für das Zentrum aber ist das Wahlrecht keine grundsätzliche, sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage und im übrigen eine einzelstaatliche Angelegenheit. So kommt es, daß in dem „neuen Programm“ die Wahlrechtsfrage gar nicht erwähnt wird, weder im allgemeinen, noch die einzelstaatliche, noch die Gemeinwohlrechtsfrage.

Vor zwanzig Jahren ist aus der Mitte der sozialpolitisch wirkenden jungen Kräfte an die Zentrumsparlei das Ansuchen gestellt worden, ein klares sozialpolitisches Programm zu formulieren. Die Parteileitung wollte aber, wie Dr. Oberdorfer berichtet hat, „nichts von einem solchen Programm wissen“. Das Zentrum ist eben ein Parteizentralbüro, das die allerhöchsten sozialen Gegenstände in sich vereint: Verbraucher und Produzenten, Arbeiter und Unternehmer, Großkapitalisten und Mittelstand, Industrielle und Zünftler, Großarbeiter und Kleinbauern. Wie soll man da ein Programm aufstellen, das nicht die ganze Partei mit expliziter Allokation in alle Himmelsrichtungen auseinanderreißen müßte! So beschloß man sich mit Formeln, denen insofern Stiergarn als auch Gips Speck „aufhaken“ kann.

In der vorläufigen Schrift Die Zentrumsfraktion an der Reichstagswahl wurde wiederholt gesagt, daß bei der Wahlrechtsfrage der „grundlegenden Forderungen auf das fraktionsprogramm“ die beiden Fraktionen des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses „sich stets wohlgefunden haben“.

Wohl entfernt, der Politik des Zentrums Schwierigkeiten zu bereiten, hat dieser Mangel gerade die Praxis der Politik der Fraktion freigelegt, so daß diese sich einheitlich und folgerichtig entwickeln konnte.

So konnte das Zentrum beispielsweise im Laufe der Jahre eine ganze Reihe großer und kleinerer Verdienste an der Volkswirtschaft vollbringen, ohne daß man daraus die Rechtfertigung der Programmlosigkeit herleiten dürfte, und zum Schluß dürfte ein volles Drittel der preussischen Landtagsfraktion gegen das gleiche Wahlrecht stimmen, ohne daß jemand etwas ansetzen kann.

Auch nach der Veröffentlichung der „Nichtlinien“ wird das nicht anders sein. Es wird lebhaft gesagt, daß die Partei auf dem Boden der Monarchie, des jetzigen Verhältnisses von Staat und Kirche, der konfessionellen Schule, des Privateigentums usw. steht, im übrigen findet man nichts als Formeln von einer Dehnbarkeit, die der harmlose katholische Arbeiter sich sozialpolitisch und staatsbürgerlich betrieblid fühlen kann, die „feudal-aristokratischen Volkseinde oder mit zugehörtem rechten Auge sich ansehen und den Fraktionsstreubenden anrufen, daß auch sie gegen dieses „Programm“ nicht das Gerinnte anzuwenden haben. „Volkswirtschaftliche und freiwirtschaftliche Ausgestaltung der Verfassung“, „freie Wahl zum Funktion der Richter aus aller Volksschichten“, „sachliche Forderungen“, „ausreichende Förderung“, „Gewährung des gesetzlichen Arbeiter- und Angestelltenlohnes“, „Kampf gegen den Mißbrauch des Privateigentums“, „energetische Sparpolitik in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden“, „gerechte Verteilung der Steuerlasten unter Schonung der minderleistungsfähigen Volksschichten“ usw. sind alles Bedenkenswerte, die zu nichts verpflichten, sind Formeln, die auch der konterrevolutionäre und rückwärtigste Abgeordnete gegebenenfalls für sich in Anspruch nehmen wird. Es fehlt die Festlegung auf bestimmte, klare Forderungen. Sie fehlt mit kluger Berechnung.

Als Ergebnisse der Kriegserfahrungen zu betrachten sind folgende Punkte: Grundsätzliche Reform des diplomatischen Dienstes, Ausbau der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, ein den christlichen Grundsätzen entsprechendes Völkerrecht usw. Jedoch legen auch diese Formeln nicht viel. Unter der Schirmung und dem Ausbau der deutschen Weltstellung in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht“ werden insofern Annerkennung der Verbindungsstunde ihrer Forderungen unterzubringen wissen. Verlangt wird ferner die internationale Regelung des Arbeiterlohnes und der Arbeiterversicherung. Sehr eifrig haben es die Nichtlinien mit der Wiederherstellung der „freien wirtschaftlichen Tätigkeit durch Abbau der freisozialistischen Organisationen“. Nicht überlassen wird die Unterdrückung der kirchlichen Forderungen hinsichtlich des Unterrichts, hier findet man die Bekanntheit, die man anderwärts vermisst. Eine alte Forderung ist die „gleichmäßige Berücksichtigung der verschiedenen Glaubensbekenntnisse“ in allen Gebieten, insbesondere bei der Verteilung öffentlicher Mittel. Wo bleiben die Millionen, die keinen Glaubensbekenntnis anerkennen? — Im übrigen enthält das ganze Programm nichts, was neu wäre, was man nicht schon aus den Kundgebungen im Parlament, Presse usw. gekannt hätte.

Mit dem Programm sind die Reformbestrebungen innerhalb des Zentrums nicht erledigt. Die Organisationsfragen sind einem Unterausschuß übergeben. Auf die Stimmung im Zentrum läßt diese Bemerkung der Vorsitzenden Trenonina schließen: „Wir müssen vorwärts, wenn wir nicht unter die Wälder kommen wollen!“

Wie die schrittweise Volkszeitung mittelst ist der Keim zu den Nichtlinien in sich selbst worden. Den Herren von der Reichstagsfraktion konnte man aus dem Munde der Partei, als der Streit mit der Reichsregierung am höchsten stand, die Behauptung innerhalb der Partei schämen „unüberwindlich“. Unmöglich schien es den Volkswirtschaftlichen „unbedingt notwendig, einer neuen einmündigen Boden zu suchen“. So entstanden im No-

Ende 1917 trafen Punkte als positive Arbeitsziele für die Zentrumspartei. Im nächsten Jahr waren bei den Arbeitgebern des Zentrums ähnliche Forderungen im Gange. Ende Dezember kam es zu einer gemeinschaftlichen Beratung. Es entstanden die beiden „Punkte“. Im Februar wurde das Ergebnis dem Reichsausschuss der Zentrumspartei als Antrag unterbreitet. Der Entwurf ging an die Zentralorganisation der einzelnen deutschen Bundesstaaten, wo er auf 25 „Punkte“ erweitert wurde. Ende Juni wurden dann von Reichsausschuss nach zweitägiger Vollerberatung die Richtlinien endgültig formuliert.

Von dieser ausleitenden Beratung ist an dem „Programm“ kein Bedarf. Denn nichts zu erkennen. Der Charakter des Besondereitensprodukts hat sich fast unmerklich verändert. Die Arbeiter in Köln haben sich das Unternehmen als ein Arbeitsamt für die in der Kriegszeit bestehenden Schwierigkeiten innerhalb der Zentrumspartei gedacht. Die Zukunft wird zeigen, ob sie richtig gewahrt haben.

## Bezirkstag der Parteiorganisation Groß-Berlins.

Am Sonntag wurde im Berlin Gewerkschaftshaus ein Bezirkstag der Parteiorganisation Groß-Berlins abgehalten. Der Vorsitzende, Genosse Ernst, gedachte der Opfer des Krieges, kritisierte die Behandlung der Wahlrechtsreform und besprach die politische Gesamtlage.

Der Geschäftsbericht erfasste den Bezirkstag Genosse Theodor Fischer. Das abgelaufene Geschäftsjahr war in der Hauptsache dem durch die Spaltung notwendig gewordenen Wiederaufbau der zerrütteten Organisationen gewidmet. Nur im Wahlkreis Teltow-Weesow war die alte Kreisorganisation erhalten geblieben. Obgleich die schwere Luft des Belagerns sich keine freie Entwicklung gestattet, öffentliche Versammlungen überhaupt nicht und Mitgliederbesprechungen nur selten erlaubt wurden, ist es gelungen, die Organisationen aller Kreise wieder zu befestigen. Am 1. April 1918 konnte die neuorganisierte Organisation bereits wieder 7384 Mitglieder (darunter 1972 Frauen) aufweisen, nicht eingerechnet die zum Jahre eingezogenen Genossen. Allerdings mußte sich das Organisationsleben zum größten Teil in kleinen Bezirks- und Abteilungsversammlungen abspielen. Derartige Versammlungen wurden 94 abgehalten. Ein stufenmäßiger Vergleich der Mitgliederzahl mit den Unabgängigen läßt sich nicht ziehen; jedenfalls aber haben die im Berichtsjahre stattgefundenen Wahlen den Beweis erbracht, daß die Arbeiter mindestens jetzt hinter den Parteipolitiker nicht mehr stehen. In vier Berliner Kommunalwahlbezirken, in denen drei bis fünf Wählerlisten für die öffentliche Stimmenabgabe und Abstimmung des öffentlichen Wahlrechts 3571 Stimmen, während auf unsere Kandidaten 3357 entfielen. Bei fast allen anderen Wahlen erlitten sie vernichtende Niederlagen. Die Reichstagswahl in Niederbarnim mit 28.850 sozialdemokratischen gegen 19.887 unabhängige Stimmen und eine ganze Reihe unabhängiger Wahlbezirke in bis dahin als unabhängig bezeichneten Gemeinden beweisen, daß die Arbeiter nicht unter den Groß-Berliner Arbeitern immer weiter zurückfallen. In dem Berichtsjahr wurde der Bezirksverband über vier Wahlkreise vergrößert. Drei Reichstags- und fünf Landtagsabgeordnete traten (sicherlich entgegen dem Willen der Mehrheit ihrer Wähler) im Lager der Unabhängigen. Als kommunale Vertreter haben wir im Bezirk 120 Stadtverordnete und 148 Gemeindevorsteher. Von Magistratsmitgliedern gehören 11 unserer Partei an. Ein Einwohnerrat und Ausgabendirektor der Bezirkstages 45.223,94 M. In dem Berichtsjahr sind 2203,94 M. Die bereits seit Januar in Kraft getretene Beitragserhöhung hat nachteilige Wirkungen nicht ausgeübt. In der schriftlichen Mitteilung wurden 34.000 Reichsmark und 220.000 Pfundliter verbreitet, nicht einbezahlt und 220.000 Pfundliter Druckmaschinen. Im September 1917 wurde „an die Vorkämpfer im Waffenkampf“ ein Feldpostbrief verfaßt, dem ihnen die Frage vorlegte, ob sie nach Rückkehr aus dem Felde wieder der Partei beizutreten gedächten. Ein weiterer Verband dieses Briefes mußte eingestellt werden, weil das Oberkommando ihn verbietet und die noch vorhandenen Exemplare beschlagnahmte. Eine Beschwerde bei dem damaligen Reichskriegsminister ist bis heute noch nicht erledigt und auch die Beschuldigung noch nicht aufgehoben. Auf 1880 und fünf Briefe gingen 2902 begehrende Antworten ein, darunter von 1567 Genossen aus Groß-Berlin und 1323 aus anderen Bezirken. Die Abwesenheit der Vorkämpfer erbrachte trotz des noch nicht in der Unabhängigen aufrecht erhaltenen Wahlrechts den Beweis, daß die von der gegenwärtigen Redaktion besetzte Taktik dem Willen der Berliner Arbeiter entspricht.

Über: „Die preussische Verfassungsfrage“ sprach sodann Landtagsabgeordneter Gen. Gendrich. Im großartigen Referat schilderte er das ganze Glend der preussischen Wahlrechtsreform und übte scharfe Kritik an dem gegenwärtigen Zustand der Regierung.

Nach einer kurzen zusammenfassenden Ansprache wurde die folgende Entschließung einstimmig angenommen:

Der Bezirkstag brandmarkt aufs Schärfste die Art und Weise in der die realistische Mehrheit des preussischen Reichstagesparlaments mit der Wahlreform einverstanden gespielt hat. Er bezwang in den Beschlüssen dieses Parlaments nichts anderes zu erkennen, als eine freie Veräußerung des preussischen Volkes, das seit nunmehr vier Jahren die schmerzlichen Opfer an Gut und Blut für Preußen und Deutschland geleistet hat. Anders dem Bezirkstag die bekannten sozialdemokratischen Wahlrechtsforderungen selbst aufrechtzuerhalten, erklärt er, daß die Forderung der Regierungsvorlage das Allermeiste gewesen wäre, was als Wahlrechtsreform auf diese Forderungen hätte erfüllen müssen.

Der Bezirkstag bedauert auf das Schärfste, daß die Regierung vor den Wahlrechtsfragen Schritt für Schritt zurückgewichen ist und daß sie sich nicht schon längst zu einer Verwirklichung des Abgeordnetenwahlrechts und einem Appell an das Volk selbst entschlossen hat. Die jetzt angebotene Einmündigung bis zum Wahlalter läßt der Bezirkstag für einen solchen politischen Schritt.

Der Bezirkstag erklärt es für geboten, bei den im Herbst bevorstehenden Wahlen auf ein Zusammenwirken aller der fünf zwischen diesen Parteien bestehenden Gegenläufe. Er fordert die im Herbst kommenden Wahlen auf, möglichst bald nach dieser Richtung hin die vorbereitenden Schritte zu

nehmen. Pflicht der Parteigenossen aller Wahlkreise des Bezirks ist es, ungeachtet aller Vorbereitungen für den Wahlkampf zu treffen, dessen einziges Ziel die Verwirklichung der Wahlrechtsreform und der Sieg des preussischen Reichstages ist. Zur nächsten Vorbereitung des Wahlkampfes findet der Bezirkstag die sofortige Freigabe der Betreuung der Wahlrechtsfrage für öffentliche Versammlungen im ganzen Gebiete des preussischen Staates.

## Politische Rundschau.

**ok. Auren für Heeresangehörige.** Anspruch auf unentgeltliche Verpflegung von Auren und sonstigen außergewöhnlichen Geldeleistungen haben für die Dauer des Krieges alle zum Feldherrn gehörigen Militärpersonen und alle Soldaten, die sich beim Feldherrn in irgend einem Dienst- oder Vertragsverhältnis befinden, ferner alle zur vollstetigen Aufnahme in Lazarette berechtigten Angehörigen des Heeres, endlich die abgetankten Angehörigen des Heeres, insbesondere also die Beamtensoldaten, endlich die Angehörigen der Marine, der Schutztruppen und der freiwilligen Krankenpflege. Offiziere des Heeres sind in Kurorten in den dort zur Verfügung stehenden Sanatorien pro Tag 4 M., untrug Militärsoldaten, die nicht dem Feldherrn angehören, pro Tag 1,80 M. Zur Verfügung stehen insgesamt 279 Kurorte, von denen freilich eine große Zahl bisher in weiteren Kreisen noch gar nicht bekannt war. Die Anträge auf Gewährung einer Kur sind von den leitenden Ärzten der Lazarette oder von den Truppenärzten an das zuständige Sanitätsamt zu richten. Die Dauer einer Kur beträgt in der Regel sechs Wochen, in Ausnahmefällen bis zu drei Monaten.

**Die Lösung der Kriegsgeldangelegenheiten.** Bei Aufhebung der Lösung wurde allgemein angenommen, daß den Angehörigen von Kriegsgeldangelegenheiten oder Vermögenden, die sich in der Kriegszeit durch die höhere Lösung zu verschaffen ist. Das militärische Verzeichnis der Kriegsgeldangelegenheiten, das eine automatische Lösung der Kriegsgeldangelegenheiten oder Vermögenden einträgt, soll. Nur in besonderen begründeten Fällen, in denen von den Angehörigen die Lösung beantragt wird, kann eine Ausnahmebewilligung die erhöhte Lösung beantragt werden. Da es sich um die Angehörigen solcher Vermögensverhältnisse, die nach dem 1. 12. 17 in Besondere nicht anerkannt sind, handelt, so wird im Falle der Bewilligung auch Anspruch auf die erhöhte Lösung. Dieser Anspruch erhebt außerdem eine Einmündigung, durch die die Lösung ganz oder teilweise bewilligt werden kann, jedoch der Truppenteil immer in der Hand hat, nur einen Betrag der Lösung zu bewilligen, der der früheren niedrigeren Lösung entspricht.

## Aus Stadt und Land.

Nürtingen, 9. Juli.

### Die Schweinehaltung 1918.

Der Viehwirtschaftsverband veröffentlicht folgendes: Der Fleischpreis ist in der letzten Zeit gefallen, aber immer noch zu hoch, um unter den heutigen Verhältnissen eine löhnende Aufzucht zu anderen Tieren als zur Selbstversorgung zu ermöglichen. In jetzt gerade rückgängig eine Maßnahme des Präsidenten des Kreisernährungsamtes ein, der von der ihm erteilten Ermächtigung Gebrauch machend, den Höchstpreis für vertraglich gemästete Schweine von 62 bis 77 M. auf 120 M. je 50 kg Lebendgewicht erhöhte. Alle Kontrakte und auch kleine Betriebe sind in der Lage, durch Ausnutzung von Grünfütter, Unkrautern, Rüchenschälen und durch Weglassung ohne den Verbrauch verbolter Futtermittel, Schweine zwar nicht zu züchten, aber doch bis zum Herbst auf ein Gewicht von 100 bis 150 Pfund zu bringen. Falls die Ernte so gut ausfällt, für die Schweinehaltung Futtermittel bereit gestellt werden können, so sollen diese im Herbst den Wätern übergeben werden. Etwa geeignete Futtermittel nicht zur Verfügung, so werden die Vertragschweine bis zum 30. November abgenommen und in diesen Fällen wird den Wätern als weitere Entschädigung außer dem erwähnten Preis von 120 M. je 50 kg Lebendgewicht ein Stückgut von 25 M. für jedes abgesetzte Schwein gewährt. Jeder Schweinehalter kann auf diese Weise ohne große Mühe an seinen Schweinen einen schönen Verdienst erzielen. Wer heute ein Ferkel für etwa 80 M. kauft oder es behält, ankauft es für 80 M. zu verkaufen und bis zum Herbst bei Weidung sowie Fütterung mit Grünfütter, Unkraut, Rüchenschälen und dergl., also ohne Kostenaufwand hält, kann im Herbst ein Schwein von mindestens 150 bis 120 Pfund absetzen und erhält für dasselbe 165 bis 195 M., bei einem Gewicht von 150 Pfund sogar über 200 M. ausbezahlt. Dieser hohe Preis wird aber nur für solche Schweine gewährt, die bis zum 20. Juni d. J. dem zuständigen Veterinärbeamten des Viehwirtschaftsverbandes angemeldet sind, wobei das angemessene Lebendgewicht nach Wägung oder Schätzung anzugeben ist. Versäume daher niemand die rechtzeitige Anmeldung!

### Der Fischverkauf wie er nicht stattfinden soll.

Das Ansehen nach Lebensmittel hat in Nürtingen sowohl wie in Wilhelmshafen dank zweckmäßiger Anordnungen und Schaffung genügender Verkaufsstellen nahezu beseitigt werden können. Nur beim Verkauf von frischen und geräucherter Fische besteht das Ansehen noch, eine der Kriegszeitbedingten Erscheinungen der Verwirrung durch die Kriegszeit. Auch beim Fischverkauf dieses Ansehen zu bewahren, erfordert dringend erforderlich. Besten würden, so weit wie beobachtet kommen, an zwei Stellen wieder geräucherter Fische verkauft, und zwar in der Fischhandlung von Heins in der Marktfraße und von einem amblanten Fischhändler in einem sonst leerstehenden Laden des Hauses Ecke Peter- und Grenzstraße. Der Verkauf begann, wie sonst auch schon, nachmittags 5 Uhr. Lange vorher, wohl eine Stunde, fanden schon viele Menschen, Männer und Frauen, vor den beiden bezeichneten Läden. In der Marktfraße waren die Fischliebhaber wenigstens in Reihen geordnet; aber sie nahmen eine Länge von mindestens 20 Meter ein, was bei dem lebhaften Verkehr in der Marktfraße und deren geringerem Verkehr nahezu an eine empfindliche Störung des Fußgängerverkehrs heranreichte. In der Peterstraße fanden die Fischliebhaber nicht gedrängt die Schöße vor dem Stall vor der dem Eintritt in den Augenblick erwartend, wo der Kampf um den Eintritt in den Laden beginnen konnte. Kommt der Fischhändler mit seiner Ware an, entsteht ein fruchtbares Gedränge, das während des ganzen Verkaufes andauert, weil der Laden nur einen Ausgang und Eingang hat und weil der Fisch-

händler allein es unternimmt, die schmeichenden Fischliebhaber zu bedienen. Angenehme Stunden sind es für den aufeinander nachdrängenden Mann nicht. Bei dem Verkauf in der Peterstraße ist insbesondere eine Aufsichtsperson dringend nötig, die auf der Straße unter den stärksten Ordnung hält. Im allgemeinen wäre eine Vermehrung der Verkaufsstellen am Platze, doch nicht bloß diejeniger Fische bekommen, die die stärksten Uelenbogen haben und gegen den Nebenmenschen am reichhaltigsten sein können. Die zuständigen behördlichen Organe würden sich ein Verdienst erwerben, wenn sie dem Fischverkauf ein Augenmerk widmeten.

**Hohe Kürbisse- und Kartoffelpreise.** Gestern gab es in zwei Gemüße- und Obsthandlungen in der Marktfraße Kürbisse. In der einen kostete das Pfund 1,60 M., in der anderen 1,70 M. Trotz des furchtbaren hohen Preises wurden sie rasend gekauft. Die Kürbisse sind nicht überall so teuer. Schreiber dieses hat in voriger Woche in Kiel in der städtischen Gemüßhalle für das Pfund kleine frischgeerntete Kürbisse nur 75 Pf. gegeben. Kürbisse für diesen Preis zu kaufen, kam ihm fast furchtbar vor, aber 1,70 M. für das Pfund zu geben, muß auf Leute, die nicht kriegerisch gemüß sind, wie ein begangenes Verbrechen wirken, oder aber sie wollen damit einen kranken Menschen erquicken. Die Frage drängt sich auf, sollte es den städtischen Gemüßeämtern in Wilhelmshafen und Nürtingen nicht möglich sein, etwas Obhut zum Einmischen herein zu bekommen? Die Erdbeerezeit ist vorüber gegangen, ohne daß man solche in erheblicher Menge gesehen, obwohl in allen Kriegsjahren zuvor große Mengen von Erdbeeren hier eingeführt und billig verkauft wurden. Die städtischen Ämter fragen über den Höchstpreis und meinen, er sei zu niedrig. Es mag vielleicht sein; ein Preis von 45 und 50 Pf. wäre aber, wenn er länger als ein paar Tage bliebe, ein Wunderpreis. Die Produzenten scheinen gar nicht damit zu rechnen, daß jetzt hier sowie in der näheren und weiteren Umgebung von den Kartoffelbesitzern und Wätern Kartoffeln gebaut werden, die über die Preise, den Preis der Frühkartoffeln künstlich hoch zu halten, lachen.

Der bargelose Zahlungsdreher. Die Handelskammer schreibt uns: Die Kriegsteuerung ist eine allgemeine Erscheinung, die bei allen Kriegen früherer Jahrhunderte beobachtet worden ist. Mehr als zu anderen Zeiten kommt es im Preise an, an jemand zu wirtschaften. Alle für jeden Haushalt regelmäßig wiederkehrenden Ausgaben wie Mieten für Gas, Elektrizität, Wasser, Schmelz, Steuern, Lebens-, Feuer-, Unfall-, Haftpflicht- oder andere Versicherungsverträge, Hausmiete, Landpacht usw., sowie die Fernabgaben von einem Ort zum anderen werden im eigenen Interesse des Zahlungspflichtigen am billigsten, bequemsten, schnellsten und sichersten durch die bargelose Begleichung mittels Banküberweisung oder Scheck erledigt. Jeder Hausvater sollte sich daher, wenn er es noch nicht getan hat, sofort ein Bankkonto zulegen, damit die regelmäßig wiederkehrenden Zahlungen durch diese Bank mittel bargellos beglichen werden können. Neben der Wahrung seines eigenen Vorteiles leistet er damit zugleich dem Vaterlande einen wichtigen Dienst. Der bargelose Zahl, trotz mit zur Stärkung des deutschen Marktes und zugleich zur Hebung des deutschen Ansehens im Ausland bei. Der bargelose Zahl, erfüllt eine der vaterländischen Pflichten der Heimarmee!

**Feldpost.** Das Ministerium des Innern erläßt folgende Mahnung: Fortgesetzt wird über die Schäden der Lage geführt, die beim Pflegen von Feldblumen auf Aedern und Wiesen angerichtet werden. Es sei deshalb darauf hingewiesen, daß nach § 368 Nr. 9 des Reichsstrafgesetzbuches sich strafbar macht, wer unbefugt vor bebauter Ernte über Wiesen oder bestellte Aeder geht usw. Durch die Entnahme von Feldblumen gehen nicht unbeträchtliche Futtermittel verloren. Viel größer aber sind die Verluste, die der Ernte durch Verwundung der Pflanzen hierbei angeht werden. In der letzten Zeit, wo alle Futtermittel dringend gebraucht werden, müssen Schädigungen dieser Art unter allen Umständen vermieden werden. Es ist demnach Pflicht eines jeden Einzelnen, an dem Schutze der Felder vor solchen Verletzungen mitanzuhelfen. Von dem Pflegen und Ansaen von Feldblumen ist daher dringend abzuraten.

**Zweilaufen.** Drei junge Schäferhunde sind auf dem Polizeiamt, Marktstraße 4, als ungenutzt angemeldet worden. Der Eigentümer kann seine Ansprüche dort geltend machen. Geschützt sind zwei Schäferhunde, die ebenfalls auf dem Polizeiamt ausgeliefert werden können.

Odenburg, 9. Juli.

**Schnurgericht.** Die am Montag wegen Kindesmord vor dem Schnurgericht stehende Gestrauchte Verurteilung wurde zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis, der Minderbetroffene Müller zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Einem einmütigen Beschlusse beifolgt die Gläubiger des in Konkurs befindlichen früheren Rechnungsführers Johann Widts in Raidebe zu lassen. Sie wollen auf Grund der ärztlichen Gutachten, welche in der gegen L. anhängig gewordenen Schenkung erlassen sind und nach denen L. für geisteskrank erklärt wurde, die von ihm geleisteten Zahlungen und angegebenen Sicherheiten zur Konkursmasse zurückfordern lassen. L. ist angeblich hier in Odenburg und behauptet, ein berühmter Seelenarzt in München habe ihm für jetzt wieder vollkommen gesund erklärt. Er wolle seine Bedommung anfechten.

### Fürzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur: Oskar Günlich. — Verlag von Paul Hug. — Rotationsdruck von Paul Hug & Co. in Nürtingen.

**Adler**  
Theater  
Direktion: Gustav Both  
Eben - Theater, Waden.

**Heute**  
und folgende Tage:  
**Boffhatterin Leni**  
Operette in 3 Akten  
Musik von Leo Fischer.  
**Ranchen streng**  
verboten.

**Freiwillige**  
**Feuerwehr**  
**Wilhelms-**  
**haven.**  
Donnerstag den 11. Juli  
**Verbandsübung**  
Antritten punkt 8 Uhr beim  
Spritzenhaus i. v. U. [3946  
**Das Kommando.**

**Neuer Bürgerverein**  
**der Landgem. Varel.**  
Sonntag, 13. Juli  
abends 8 Uhr:  
**Versammlung**  
in Schillers Lokal in  
Dangasternoor.  
**Wichtige Tagesordnung**  
zu zahlreich. Besuch ladet ein  
2847 **Der Vorstand.**

**Zöpfe!**  
reine Naturfarben, Unfertig,  
v. Flechten, Verkauf v. Frauen-  
haar für Kriegstechn. Zwecke.  
**Kötting, Wilhelmshaven,**  
Alte Straße 7. [2929

**Sahrrad-Mäntel**  
abgefärbt und beschädigt,  
werden wie neu aufgearbeitet.  
Nach Einsendung der Post  
erfolgt Preisangabe. [7395  
**Gette nordd. Weißbrotfabrik**  
Varel (Oldbg.)

**Volksküchen**  
Melkmitz., Feieidenitz.,  
Bremerstr., Marktalle 50  
  
**Schwere hochtragende**  
**Sau**  
zu verkaufen. [2845  
Zanken, Schlachthof.

**Kostenlos**  
werdungebrauchte Weidens-  
löcher, vorzügl. geeignet als  
Brennmaterial, am Dienstag,  
den 9. Juli, vormitt. 8 Uhr,  
an Unentgeltlich gegen Vor-  
zeigen eines Ausweises ab-  
gegeben.  
**Freiwillige Kriegshilfe**  
Hannover und Linden e. V.  
Vstl. Hochseiffcherer  
Wilhelmshaven. Königstr. 24.

**Schneuer-Pulver**  
bester Erfolg für Soda  
Nrd. 20 Pf.  
**Wenzels Seifengehörte**  
Marktstr. 55. Marktstr. 55.

**Zu vermieten**  
zum 1. Oktober, event. früher  
**ein Laden**  
mit Zentralheizung, auch für  
Büreauzwecke geeignet, im  
Boarariahaus, Marktstr. 14.  
Näheres Kontor der  
**Boararia-Druckerei,**  
2326 Marktstraße 14.

**COLOSSUM**  
**LICHT-SPIELE**

Ecke Werft- und Wilhelmshav. Strasse

**3 Schlager!**  
**5 Fingeremale!!**

Detektiv-Film in 4 Akten mit **Ferdinand Bonn,**  
**Edith Meiler, Carl Auen.**

Dieses in Arabien spielende Detektiv-Drama gehört mit zu den  
interessantesten Schöpfungen auf diesem Gebiet und leistet an  
Ueberraschungen, Verwickelungen und glänzenden Taten des  
berühmten Ferdinand Bonn als Detektiv fast unübertreffliches.

**Teufelchen!**  
Reizende Film-Romanze in 4 Akten mit **Wanda Treumann.**  
In übermütiges Schelmenspiel mit ernstem, nachdenklich  
sammendem Hintergrunde, in dem Wanda Treumann das  
sprühende, kecke und später auch so schwer  
bestrafte Teufelchen verkörpert.

**Der Eisenbart!**  
Famose Filmkomödie in 1 Akt. 2352  
**Erstklassige Begleitmusik vom U.S.-B.**

**Oldenburgische Landesbank**  
Niederlassungen in Oldenburg, Viersenfeld, Deake, Burg a. F., Burgdam  
Cloppeburg, Cutin, Jever, Lukenbrück, Varel, Vechta,  
Vegeßak, Westerstede und Wilhelmshaven.

**Ausweis vom 30. Juni 1918.**

Activa.	Passiva.
Raffenbestand . . . . . 710 804.82	Altien-Kapital . . . . . 3 000 000.—
Wechsel . . . . . 58 817 435.43	Referenzfonds . . . . . 832 930.84
Effekten . . . . . 2 526 597.89	Einlagen:
Ausfristige Guthaben bei	Wartungsgelder
Banken . . . . . 17 900 592.54	und Guthaben
Darlehen an öffentliche	öffentl. Kassen 15 658 522.82
Verbände . . . . . 32 677 867.52	Einlagen von
Konto-Korrent-Debitoren	Privaten . . . . . 89 564 729.33
Bau- und Cafes-	Einlagen a. Schatz-
Einlagen . . . . . 900 000.—	Konto . . . . . 16 006 625.82
Nicht eingeforderte 60 %	Konto-Korrent-Kreditoren . . . . . 16 395 434.33
des Altien-Kapitals . . . . . 1 800 000.—	Diverse . . . . . 3 979 701.25
Diverse . . . . . 1 041 467.50	
<b>M 145 437 944.39</b>	<b>M 145 437 944.39</b>

**Oldenburgische Landesbank**  
Mertel. tom Diek. [2897

**Handelskammer**  
**für das Herzogtum Oldenburg.**

Die Handelskammer ladet sämtliche Firmen, die vor  
dem 1. August 1914 den Handel mit Web-, Wirk- und  
Strickwaren betrieben haben, zu einer Versammlung zwecks  
**Gründung einer**  
**Kleidererwerbsgenossenschaft**

(Errichtung eines Reichskleiderlagers in Olden-  
burg) am Freitag den 12. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr,  
im Zivilkassino zu Oldenburg ein.  
Firmeninhaber, die am Erscheinen verhindert sind,  
werden gebeten, der Handelskammer den Beitritt zur Ge-  
nossenschaft durch Einschreibebrief mitteilen zu wollen.  
Näheres in der Versammlung. 2330

**Kriegs- Wohlfahrts- Spiele**  
im Parkhaus.  
Dienstag den 9. Juli 1918  
abends 8.15 Uhr:  
**Jugendfreunde.**  
Lustspiel in 4 Aufzügen von Ludwig Fulda.  
Vorverkauf in Lohfes Buchhandlung und Niemeyers  
Zigarettengeschäft, Bismarckstraße. 2266

**Emden Emden**  
**Große öffentliche**  
**Wahlrechts-Versammlung**  
am Donnerstag, den 11. Juli, abends 8. Uhr  
in beid. Sälen des Hauptreithauses, Kap. Rottewall.  
**Tages-Ordnung:**  
1. Die Beräumung der preussischen Wahlrechts-  
vorlage durch das Abgeordnetenhaus  
Referent: Herr Robert Seiner-Hannover.  
Mitglied des preussischen Landtages.  
2. Freie Ansprache.  
Wir fordern hiermit die Einwohnerschaft von Emden  
und Umgebung auf, recht zahlreich zu erscheinen, um mit  
uns ihre Stimme gegen die durch das preussische Ab-  
geordnetenhaus vorläufige Wahlrechtsvorlage zu erheben.  
Der Vertreter des hiesigen Wahlkreises, Herr  
Geheimrat Fährbringer-Emden, laden wir hierdurch  
als Gegner des gleichen Wahlrechts ein, um seinen  
Wählern seine Gründe für seinen Standpunkt  
darzulegen.  
Zur Deckung der Unkosten wird am Saaleingang  
eine Tellerammlung vorgenommen.  
**Sozialdemokratischer Wahlverein Emden.**  
August Wand, Vorsitzender, Schwedendieckstraße 22.

**Todes-Anzeige.**  
Heute nachmittags 6 Uhr entschlief nach  
langem Leiden meine innigste geliebte Frau,  
meines Schönbens liebevolle Mutter, meine  
gute Tochter, meine liebe Schwester  
**Minna Evers**  
geb. Langeheiken  
im 35. Lebensjahre. In tiefem Schmerze:  
Lehnen Evers, Rüstingen.  
Marie Langeheiken, Oldenburg.  
Oskar Langeheiken, z. Z. im Felde.  
Oldenburg, den 7. Juli 1918.  
Die Beerdigung findet am Freitag den  
12. Juli, von der Gertrudenkapelle aus statt  
um 9 1/2 Uhr vormittags. Trauerandacht da-  
selbst um 9 Uhr.  
Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen

**Nachruf!**  
Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht,  
unsere Freunde davon Kenntnis zu geben,  
dass der Leiter unserer Schuhwarenabteilung,  
**Herr Ernst Herrfurth**  
auf dem Felde der Ehre gefallen ist.  
Seine Geschäftsgewandtheit und seine  
Hingabe an den Betrieb werden ihm ein  
dauerndes Andenken bewahren. 2342  
**Konsum- und Sparverein**  
für Rüstingen und Umgegend  
e. G. m. b. H.

**Danksagung.**  
Für die überaus zahlreichen Beweise  
herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung  
unseres lieben Entschlafenen sagen wir hier-  
durch unsern **herzlichen Dank.** Ins-  
besondere danken wir Herrn Konsistorialrat  
Jahns für die trostreichen Worte am Grabe  
und dem Verein freier Gastwirte für die  
schöne Kranzspende. [2333  
Wilhelmshaven, den 8. Juli 1918.  
**Frau Niemeyer nebst Kindern.**

**Theater**  
**Burg Oldenburg**  
Operetten - Gastspiele,  
Leiter: K. Bruck.  
Mittwoch den 10. Juli:  
Zuna letzten Mal:  
**Ein Walzer-**  
**traum.**  
Donnerstag d. 11. Juli:  
Erstaufführung:  
**Der Graf v.**  
**Luxemburg**  
Operette in 3 Akten  
von Franz Lehar.  
Vorverkauf: 10-1 Uhr  
u. nachm. v. 5 Uhr an.  
Theaterleitersprecher 27

**Wirtschaft**  
**„Zur Schleiße“**  
am Kanal.  
Jeden Mittwoch,  
Sonntags u. Sonntag:  
**Künstler-Konzert.**  
Es ladet freundlich ein  
**J. Hinrichs.**

Die glückliche Geburt  
eines gesunden  
**Mädchens**  
zeigen sehr erfreut an  
Rüstingen, 6. Juli 1918.  
**L. Martiny und Frau**  
geb. Hansson. [2330

**Todes-Anzeige.**  
Seit fast nach lan-  
gen Jahren unsere liebe  
Tochter und Schwester  
**Henni**  
im blühenden Alter von  
20 Jahren, was hier-  
mit tiefbetäubten Schmerzes  
zur Anzeige bringen  
Rüstingen,  
den 8. Juli 1918.  
**Anton Zugendheim**  
und Frau, geb. Brück  
nebst Geschwistern.  
Die Beerdigung findet  
Donnerstag, 11. Juli,  
nachmittags 2 1/2 Uhr,  
vom Trauerhause, Ge-  
nosenschaftsstr. 11, aus-  
statt. [2334

**Zentralverband**  
**der Handlungsgesellen**  
Zahlstelle  
Rüstingen - Wilhelmsh.  
**Nachruf!**  
Den Mitgliedern zur  
Nachricht, daß unser  
Kollege  
**Ernst Herrfurth**  
vom gestrigen Welt-  
krieg auf dem weit-  
lichen Kriegsschauplatz  
zum Opfer gefallen ist.  
Eure feinen Andenken!  
Der Vorstand.

**Danksagung.**  
Für die vielen Beweise  
herzlicher Teilnahme bei dem  
Verluste meines lieben Wan-  
nes und meines guten Vaters  
sagen wir allen unsern herz-  
lichsten Dank. [2343  
Im Namen der Hinter-  
bliebenen Familie Esen

Die Wohnungsfrage.

Von Regierungsbaumeister Seeger, 33. Wilhelmshafen.

Die Kleinhausausstellung in der Kunitzallee will weitere Schritte mit den Verleibern bekannt machen, die darauf abzielen, einwandfreie Wohnungen für die breitesten Bevölkerungsschichten zu schaffen.

Es kann die technische Seite des Kleinhausungsproblems am besten als bedächtig angehen werden, wenn die Vorträge der Geldbeschaffung und der wirtschaftlichen wie der rechtlichen Organisation gelöst sind; dann bietet die technisch-konstruktive Ausführung keine besonderen Schwierigkeiten mehr.

Die beste Stelle ist das Einfamilienhaus, es ist das Ideal vieler Volksteile, und wie jedes Ideal für die meisten unerreichbar. Sicher ist es die schönste Art zu wohnen, aber leider auch die teuerste.

Eine wirtschaftlichere Art zu bauen ist schon das Zweifamilienhaus, denn eine ganze Reihe von einmaligen und laufenden Ausgaben werden von zwei Haushaltungen gemeinsam getragen.

Am zweckmäßigsten kann rein geblichen Standpunkt ist zweifelhafte die Mietkaserne. Sie ist auch am verbreitetsten und am — veraltetsten. Diese letzte Tatsache ist nicht uninteressant, sondern liegt in der Haupt Sache an der lieblosen Ausführung dieser Häuser, die oft verfallenen und rüchelfähigen als Spekulationsbauten errichtet sind, ein Zwangsprodukt aus bauwirtschaftlichen Vorurteilen und geliebten Interessen.

Die Wohnungen, das Wohnen besser und billiger zu gestalten, müssen auf drei Gebieten zugleich errungen werden, die erst in ihrem Zusammenwirken einen Erfolg erhoffen lassen. Organisation zur Geldbeschaffung, gesetzliche Maßnahmen zur zweckmäßigen Bestimmung von Bauvorschriften und im engeren Zusammenhang damit, restlose Ausnutzung aller technischen Möglichkeiten.

Bei der Frage des Baugelddes behauptete ich schon lange, daß der einzelne nichts wesentliches zu erreichen vermag, er kann bestenfalls die Konjunktur ausnutzen, ist also hoffnungslos auf der augenblicklichen Wirtschaftslage abhängig. Diese Erkenntnis führte zum Zusammenstoß

Baukultiger in Vereinen, Gesellschaften oder Genossenschaften, wo schon eher die Möglichkeit gegeben scheint, durch das größere Gewicht der Wästen sich durchzusetzen. Dieser Bewegung von unten herauf begegnet die umgekehrte durch die Einflüsse der öffentlichen Körperlichkeiten, der Gemeinden, Kreise, Provinzen und schließlich des Staates selbst, daß es im öffentlichen Interesse liegt, der Bevölkerung zweckmäßige Wohngelegenheit zu verschaffen.

Bei der Baugelddeschaffung ist es immer die Frage der zweiten Hypothek, mit deren Beantwortung entschieden wird, ob gebaut werden kann oder nicht. Die erste Hypothek war am freien Geldmarkt verhältnismäßig leicht zu beschaffen, für eine solche minderbewertete Gelddarlehne fand sich immer Kapital. Allerdings machte ich außer dem langsam aber stetig steigenden Zinsfuß der Geschäft der Industrie inwieweit unerwünscht bemerkbar, als mit steigender Konjunktur, d. h. wenn die Industrie blühte, viel Geld zur Verfügung, weil es dort höher verzinst wurde.

Durch den Krieg wird vermehrt nicht nur eine Verteuerung der Hypothekengelder eintreten, weil der Zinsfuß der minderbewerteten Kriegsanleihen einstmals 1/2 bis 3/4 vom Hundert höher ist, als es bei ersten Hypotheken seither üblich war, sondern es wird auch durch das Festliegen großer Summen in Anleihen für Hypotheken nicht Geld genug flüssig zu machen sein.

Daher wird verlernt der Ruf nach zweiten Hypotheken aus öffentlichen Mitteln erheben, wie dies vor dem Kriege ebenfalls schon der Fall war. Auch hier kann der Einzelne weniger erwarten und erreichen, als eine große Gemeinschaft. Es ist für eine geldgebende Behörde, sei es eine Gemeinde, eine öffentliche rechtliche Kasse, oder der Staat selbst, ein großer Unterschied, ob der Hypothekenschuldner eine wirtschaftliche schwache Privatperson ist, oder eine kapitalstarke Vereinigung zahlreicher Einzelmitglieder. Bei Zahlungsmöglichkeit des Einzelnen muß die öffentliche Körperschaft, um sich vor dem Ausfall ihrer eingetragenen Forderung zu schützen, das beliehene Grundstück selbst erwerben und verwerten oder weiter veräußern, was meist außerhalb ihrer eigentlichen Aufgaben liegt.

Diese Möglichkeit der entscheidenden öffentlichen Beeinflussung der privaten Bauwirtschaft fördert auch noch andere Verlebrungen. Vor allem das Erbbaurecht und die Erbengemeinschaft, von denen für die Zukunft noch viel erwartet werden

kann. Das Erbbaurecht in Deutschland noch wenig zur Anwendung gebracht, will den Minderbemittelten den Erwerb des teureren Baugelddes erleichtern und gibt ihnen die Möglichkeit, auf erpachtetem Grund zu bauen. Voraussetzung ist dabei, daß die Pachtzeit lange läuft — 3, 9, 15 bis zu 99 Jahren — und dann erst das Grundstück an den Pächter zurückkommt, nun allerdings mit den inzwischen darauf entstandenen Bauten. Hierin liegt eine Härte, die der zeitweiligen Grundverlebrung nicht hat durchziehen können. Hier könnte aber eine Gesetzesänderung Wandel schaffen und beim Mißfall an den Pächter dem Käufer ein angemessenes Entgelt für seine Aufwendungen gewährt.

Die Erbengemeinschaft der Douarmeter, dem nicht gefällig werden kann, an die Gesellschaft, die rechtlich Besitzer des Hauses bleibt. Persönlich hat er also den dauernden Genuß des Hauses, die Geldbeschaffung war Sorge der Gesellschaft, an die das Haus nach Auflösung des Nachtrages zurückfällt, da jeder gemüßbringende Verkauf, also jede spekulative Verwertung ausgeschlossen werden soll.

Hierin können alle diese Verlebrungen überein die bodenwertende Spekulation auszuhalten. Dies ist vermögensmäßig leicht bei den jetzigen Werten, indes jedoch Boden zu finden, der nicht schon durch Spekulation überverteuert war, ehe er in feste Hände gelangte. Der Bodenpreis — und damit die darauf ruhende Grundrente — ist für die Wirtschaftlichkeit eines Hauses von ausschlaggebender Bedeutung. Die Baukosten zeigen auch in verschiedenen Gegenden keine so erheblichen Unterschiede, daß nicht allgemein mit annähernd festliegenden Kosten bei bestimmten Raumgrößen gerechnet werden könnte. Was die oft erstaunlichen Preisunterschiede bedingt, ist vorwiegend die Höhe der aufzubringenden Grundrente.

(Schluß folgt)

Parteinachrichten.

Wo bleibt die L. P. Die linksradikale, im Namen Volkswirtschaft auftretende Bremer Arbeiterpolitik, die den intellektuellen Mut der Wahrheit hat, greift die Unabhängigen wieder aufs härteste an:

Als Stadthagen starb, glaube wohl kaum jemand ernstlich, daß der Wahlkreis Niederbarnim den Unabhängigen verloren gehen werde. Vielleicht hegte man hier und da Befürchtungen wegen einer etwaigen Stichwahl. Aber daß die Unabhängigen schon im ersten Wahlgang so viele Stimmen in der Wählerarbeit verlieren würden, das hat wohl niemand erwartet. Galt doch nicht nur Stadthagen, sondern auch der Wahlkreis selbst als einer der radikalsten in Deutschland. Stadthagen hatte im 27 Jahre lang fast 1800, ununterbrochen im Reichstage vertreten. Und mit nicht unpopulären Majoritäten!

Man hat die Schuld an der Verlust des Reichstages daten geladen; mit einem Schriftstellers hätte ein Arbeiter aufgestellt werden sollen, hat eines von rechts genommen und nach rechts schillernden Kandidaten ein ganz radikaler. Die Probe auf dieses Beispiel ist inzwischen in Zuidau gemacht worden, wobei wir gleich reden. Viel wichtiger dürfte uns die Art und Weise, wie es bei der Aufstellung und des Wählerarbeit mehr Kandidaten zugegangen ist. Nämlich ganz so, wie es in der guten alten Sozialdemokratie in ihrer guten alten Zeit Mode war: der Kandidat wurde von oben her, von der Parteileitung und sonstigen einflussreichen Personen bestimmt. Natürlich verlag man die demokratischen Formen nicht. Im Gegenteil, man überließ sie dem Wähler. Hat man doch ein regelrechtes Medientier zwischen mehreren Kandidaten verpackt, einen „Maulwurfskampf“, bei dem es schwer war, nicht an Heinrich Heines Disputation „in der Tula zu Toledo“ zu denken.

Die Arbeiterpolitik rechnet dann den Unabhängigen vor, daß die Mandate aller führenden unabhängigen Abgeordneten sehr gefährdet sind:

„Der erste Bild auf diese Tabelle zeigt, daß die Mandate der Hg. Haase, Dittmann, Cohn, Herzfeld, Baumert auf recht

sam näher getreten und umstanden ist und das Mädchen im Galtsch.

„Bravo, Drez“, sagte der Wäster, der Knecht, mit seiner tiefen Stimme und streckte dem Huber die Hand hin. „Der Herrgott soll dir besellen“, flüsterte die große, verhärmte Frau des Gemeindeführers, die zum zwanzigsten Mal in diese Art der Drez ein. Die vor kommen bessere Mehl-Seepe unflammierte mit glühenden Flügeln und noch näher sich die Hand des Alten. „Vergesse Gott, du braverhögler Mensch!“

„Dem Mädchen damit danken“, sagte der Drez und wies auf die Martha, „die hätte es bekommen, das Geld einmal.“

Dann wehrte er den Herandrängenden, wurde verlegen und machte sich langsam und fahrig los, nahm die Martha bei der Hand und ging wieder, obwohl er noch mit dem und jenem hätte sprechen wollen und tief schmerzhaft vor ihrem eifrigen Dank davon.

Sie sahen ihm nach, sahen seine Schritte sich verarmen und dann dämmerte es dem und jenem auf; Was das ein verdammter Mensch war, der Drez, einer, der den großen Feinden hatte, einer — ein anderer wie der, für den sie ihn gehalten. Dumm nicht — sicher nicht dumm! Sie wurden lange nachher das Bild nicht los, wie er an dem Unglücksfluge den er erste ihnen Hilfe gebracht hatte: das durch den flugenden Ewig seltsam gedellte Gesicht, die schwere Gestalt, den weißen Kopf.

Das Bild ist ihnen heute noch nicht verwischt, obwohl zwei Jahre über den Wenn hingegangen sind und das Dorf nun — wird fester als ehemals steht. Es war zu befremdlich und unermutet, daß in ihr Unglück das erste Licht aus dem Herdloch des Drez kam. Das Staunen darüber werden sie immer nicht los. Und sie eilten den Gut vor dem Alten, denn sie ihn in der Straube treffen und scheiden nicht mehr. Er ist zu Ehren gekommen.

Aber es wird schon verwischt werden, das Bild — wird schon! — keine Sorge! — So übermäßig dankbar sind die Wäster nicht! Nur, vielleicht wird der Drez dann nicht mehr da sein, der zu Ehren gekommen, und sie werden den Totengräber zu den Toten gelegt haben. Der aber würde, wenn er es wissen konnte, in das Letzte sich stützen, in das Begraben und das Begrabenwerden, wie er sich in jede Lebensbedingung gefügt, fast mit einem stillen Lachen, denn der Herrgott hat ihm eine Gabe vererbt, die wir so reichlich haben, du und du und ich — die Unzufriedenheit!

Feuilleton.

Wie der Huber Drez zu Ehren kam.

Aus der Novellensammlung Helben des Alltags von Ernst Zahn.

4) (Nachdruck verboten.)

„Ich will schon sammeln gehen, das will ich, im Tal“, versetzte er ihnen. Aber sie waren noch nicht reich für das, was er sagte. Ihre Gedanken waren noch zu sehr bei dem, was sie verloren, als daß sie schon auf das zu hoffen vermocht hätten, was sie wieder zu gewinnen hatten.

„Um mein ganzes Erbschaftes bin ich“, sagte dumpf der Hans Josef Wäster, der Knecht.

„Vier Ringe — alle vier schönen Ringe“, stöhnte der Bauer von der Geißelplatte, der eiserne Mensch, der vielleicht in seinem Leben nie gemeint hatte, und das Gesicht vor ihm nach vom Flecken.

Und die Mehl-Seepe, die Hauslerin, schrie immer nur, ein aus andere Mal. „Jehes! Jehes! Jehes!“

Und da nun, während sie immer und immer nicht von ihrer Bestimmung loskamen, tauchte der Huber Drez vor ihren Blicken auf. „Stehende kann es, daß alle ihn sehen wollten, wie er heraufkam. Auf der Dorfstraße baher, auf sie zu, durch den weissen, taghellen Konjunkt, zwischen Mehlerräumen hindurch und an den Brandbalken vorbei, die schwarz in die weiße Nacht stachen! Vielleicht fiel er ihnen so jauch, weil er barhäuptig ging und der Randstein besonders hell einmal hoch oben über dem Dorf, auf dem Schind, dem weissen, hohen Berg, und zum zweiten Mal in der Straube auf dem weissen Kopf des Drez lag, als sei zwischen dem hohen Berg und dem weissen Kopf irgend welche Zusammenhang. Neben ihm ging die Martha. Er hatte den ganzen Tag seines Dienstes am Zettel gewandelt. Da machte ihm der Gebante gekommen sein, den er nach Feierabend mit dem Mädchen besprochen und betaten und der ihn jetzt wieder zu dem Abgeordneten hinführte. Sein Wäster war ganz das gewöhnliche, klump und schwerfällig in seiner jeder Gasse baxen

Art kam er daher. Die Dienstfelle hatte er gegen seine Totengräberin, das alte, zerrigene Bauernmädchen, verkauft, an dem Spiren der Scholle, in die er grub, zu sehen waren. In der einen Hand hielt er ein blaues kariertes Gefäß, das die Form eines Schälgenusses hatte. Ein Ausdruck seines Gesichtes betriet, daß auf dem Wege das Bild fürchterlicher Herfürung, den das Dorf bot, neuerdings ihn bedrängte und erschütterte, aber hinter dem Ernst, der das erkennen ließ, stand ein etwas Sonderbares. Es war kein Lachen und doch eine Fröhlichkeit. Obwohl er keine Bewegung machte, schien es, als ob er den Wästern von weitem vertraulich, beschwichtigend zündete: „Ich bringe euch schon etwas, ich! Wartet nur! Und ein ähnliches Denken: „Wir bringen euch schon etwas, wir“, schien der Wäster aus den Augen. Und nun machte es sein, daß die Konjunktur, den Drez und das Mädchen führe etwas Besonderes her, die von ihrem Trauer Niedergelassenen belächte. In diesem und jenen Wäster, der bisher hart und bitter gewesen war, sprang ein Ausdruck der Erwartung, und als der vielgeschollene und vielverachtete Mensch der Andrez, sich mitten unter sie und vor den Pfarrherrn hintrat, sah vielleicht zum erstenmal seine große Ruhe, die sie Dummheit hießen, ihnen sagte. Dann erließen sie, daß die gutmütigen Ringe des Alten einen Ausdruck klugen Ernstes genommen und dadurch fast zu verändern, daß niemand mehr ihm einen Mangel an Geistesbegabung nachsagen könnte vermocht hätte.

Er wendete sich mit dem Worten zum Pfarrherrn: „Ihr werdet es wohl übernehmen, das Sammeln für das Dorf?“

Der Hochwürdigste bejahte.

Da sah der andere, das blaue Gefäß in den Händen drehend, mit ernstem und entschlossenem Ton fort: „Wir haben es miteinander beschlossen, die Martha und ich. Da ich sehr reich bin, so ist es nicht mir, daß jeder von vielen Seiten Geld kommt. Was auf der Sparplatte liegt mir hier, hier — es soll denen wohl tun, die jetzt so im Unglück gefangen sind.“

Damit übergab er dem Pfarrherrn das Spargefäß. Er sah ihn fast streng an dabei und sagte hinzu: „Auserkenn mich lang leben, bis er das bestimmen hat. Zum zweitenmal erlebe ich kein solches Glück mehr.“

„Das glaube ich schon“, sagte der Hochwürdigste und machte Miene, ihn wegen der Größe des Geschenkes zu danken. Aber der Drez hielt nicht hin, wandte sich schon und sprach dem Geißelplattbauer an: „War keine halt herausgebracht, jeidntis von denen Äußen?“

Inzwischen waren die Wäster aufmerksam geworden, Lang-

sonden Weibchen bezogen. Sie sind in früheren Jahren schon der Sozialdemokratie entfallen gewesen; ammal 1907, im Folge der parlamentarischen Reformen, waren sie alle zum Parteipassiv geworden. Es versteht sich, dass sie aus dem nächsten Wahl nur durch eine Verständigung zwischen den Unabhängigen und der Sozialdemokratie gehalten werden können. Kommt eine solche nicht zustande, so genügt eine geringe Unterstützung, um die Mandate anderen Parteien in die Hände zu spielen. Wenn auch nur ein geringer Teil der ehemals sozialdemokratischen Wähler für eine solche Verständigung der Sozialdemokratie stimmt, so sind diese sämtlichen Wählerkreise den Unabhängigen verloren und ihre führenden Männer sind aus dem Reichstage entfernt.

Die Arbeiterpolitik schließt daraus auf den Zwang für die Unabhängigen, sich mit der verlassenen Sozialdemokratie verständigen zu müssen. „Aber kurz oder lang, jedenfalls rechtzeitig vor der nächsten Wahl, werden sich die Unabhängigen an die Sozialdemokratie heranzumachen, sich mit ihr verständigen und sich sogar wieder mit ihr vereinigen. Es gibt keine andere Lebensmöglichkeit für sie. Gegen den Widerstand der Sozialdemokratie, ja ohne ihre Hilfe verschwinden die Unabhängigen aus dem Reichstage. Ohne den Reichstag aber können sie nicht existieren, dort allein ist ihr Lebenselement.“ Die Leipziger Volkspartei hat bisher zu allen Verhandlungen der Arbeiterpolitik mit gleichmüßiger Verlegenheit geschwiegen; wird sie auch weiterhin einer Auseinandersetzung mit ihren radikaleren Brüdern aus dem Wege gehen?

**Aus Stadt und Land.**

**Gründung einer Kleiderverforgungsgenossenschaft.**

Die Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg lobt sämtliche Firmen des Textilwarenhandels zu einer Vereinigung am Freitag den 12. d. M., nachmittags 3/4 Uhr, im Hofsaal in Oldenburg zueinander. Die Gründung einer Kleiderverforgungsgenossenschaft (Kleiderfabrikanten) wird auf Veranlassung der Reichsbekleidungsstelle vorgenommen. Die Genossenschaft erstreckt sich über den Bezirk der Handelskammer Oldenburg und den der Handelskammer für Ostfriesland und Papenburg in Emden. Sie soll die gesamten von den Kommandobehörden gesammelten getragenen Anzüge aufkaufen und an die kriegswichtigen Betriebe wieder abgeben. Mittels der Genossenschaft kann jede Firma des Webwarenhandels werden, die vor dem 1. August 1914 den Handel mit Webwaren betrieben hat. Die Reichsbekleidungsstelle hat durch die Errichtung von Reichsbekleidungsstellen unter Beteiligung des Webwarenhandels zum ersten Male den Versuch gemacht, durch genossenschaftliche Organisation auch den Kleinhandel unmittelbar bei der Verteilung von Waren durch die Reichsbekleidungsstelle zu befähigen. In 57 verschiedenen Städten des Deutschen Reiches sollen solche Kleiderverforgungsgenossenschaften gegründet werden. Es ist im Interesse unseres Kleinhandels lebhaft zu begrüßen, daß auch in Oldenburg eine solche Kleiderverforgungsgenossenschaft ins Leben gerufen werden soll und es ist den sämtlichen Firmen des Web-, Wirt- und Strichwarenhandels dringend zu empfehlen, der Genossenschaft als Mitglied beizutreten. Beitrittserklärungen nimmt die Handelskammer durch eingehenden Brief entgegen. Sie ist auch sonst zur mündlichen und schriftlichen Auskunft gern bereit.

**Kauf. Städtische Lebensmittelverordn.** Auf Nr. 17 der Lebensmittelkarte nach der Kundentafel Suppenwürfel, auf Nr. 18 Käse.

**Vorgabe.** Seitenbezug für die Selbstverleger in der Landgemeinde Barel. Der Gemeindevorstand macht be-

kannt: Unter Bezugnahme auf die Bekanntmachung des Amtsverbandes vom 2. Juli d. J. betreffend Ausgabe von Seiten, wird bekannt gemacht, daß in dieser Gemeinde 1. Feinmiete auf Warenkarte Nr. 15 für Selbstverleger und Nr. 21 für Nichtselbstverleger, 2. Seitenpulver auf Warenkarte Nr. 16 für Selbstverleger und Nr. 22 für Nichtselbstverleger herausgibt wird.

**Delinquenz. Warenverteilung.** Der Magistrat macht bekannt: Die Belieferung von Wareninsimern ist durch Ausübung in sämtlichen Verkaufsstellen bekannt gegeben. Die Abgabe der Waren an die Verbraucher wird am Sonnabend den 12. d. Mts. beginnen. Den Kleinhändlern ist bei Vermehrung strenger Strafmaßnahmen die Warenabgabe vor diesem Termin verboten.

**Soldatenverkauf.** Am Mittwoch den 10. Juli wird nachmittags von 2 bis 5 Uhr bei der Anolunfabrik Danjo in 20 Zentimeter lange Rollen geschlittenes Nieren-Stammholz verkauft, zum Preise von 3 M. für den Zentner. Es bietet sich günstiges Kaufgelegenheit, den Bedarf für kommenden Winter einzudecken.

**Drat. Schäbige Angeberei.** Ein Bewohner der Umgegend von Warf betrieb als Nebenberuf die Kunst, schlächtere Zu ihm kam ein aus Urlaub heimkehrender Feldjäger und bat ihn um die Auslieferung einer Hauschlachtung. Obwohl nun keine amtliche Schlachtkarte auslief, erfüllte der Hauschlächter aus Gewilligkeit die Bitte des Mannes. Dieser ging nun aber ein und zeigte dem Hauschlächter, der Vater von acht Kindern ist, beim Antje an. Beide bekamen nachträglich einen Strafbescheid, und zwar der Hauschlächter einen solchen über 30 M.

**Einkauf. Die Ausgabe der neuen Freifei-** Karten erfolgt am Donnerstag den 11. Juli bei den Kartenausgabestellen und zu den bekannten Tageszeiten. Die an diesen Tagen nicht abgeholtten Karten können am Sonnabend den 13. Juli, nachmittags von 3 bis 6 Uhr, im Gemeindegarten in Empfang genommen werden.

**Nordenham. Brennmaterialverforgung.** Am Dienstag den 9. Juli wird bei Ed. Güblers auf die Kohlenkarte Nr. 1-300 je ein Zentner Brennstoff ausgegeben.

**Emden. Die Eindeichung der Wbhelumer** Bucht, einer Fläche von etwa 7000 Morgen, schreitet mit voran. Der neue Seedeich ist schon zu etwa 70% fertig und das eingedeichete Watt verkommt allmählich. Reichlich 1600 Hektar feiner Landes werden hier in weitaus früherer Kultur erschlossen werden. Die Gesamtkosten der Eindeichung, ursprünglich auf 6 610 000 M. veranschlagt, dürften sich infolge der Robn- und Materialerlösbömen senken. Die Stadt Emden erhält von dem neu eingedeichten Land 134 Hektar und ist an den Kosten der Eindeichung mit 244 975 M. beteiligt.

**Aus aller Welt.**

**Der angeblich ertrunkene Ehefrau.** Unter Hinterlassung eines Abchiedsbriefes an seine Ehefrau, in dem er zum Ausdruck brachte, daß er „Lebens müde“ sei, verließ der bereits bestrafte Tischler August Friedrich Ludw. S. am 23. Mai 1917 seine Wohnung in Hamburg. Als dann etwa acht Tage darauf eine Leiche aus dem Wasser gezogen wurde, bezeichnete die Ehefrau sie als die ihres Mannes. Die Leiche wurde dann auch als S. beerdigt. Frau S. stellte sodann am 30. Juli 1917 bei der Behörde auf Grund der Reichsangehörigkeitsordnung Antrag auf die Gewöhnung des Wittwensbesides. An der Ausübung einer Heirat kam es aber nicht, denn als der Ehefrau S. im November 1917 wegen eines Diebstahls verhaftet wurde, stellte es sich heraus, daß er sich schon acht Tage nach dem Verlassen seiner Wohnung im Mai wieder bei seiner Frau eingefunden.

und daß er sich dann als deren Einlogierter unter dem Namen Sch. bei der Polizei gemeldet hatte. Vor dem Schöffengericht wird nun Anklage erhoben gegen S. wegen Urkundenfälschung und gegen Frau S. wegen verübten Betruges. In insoweit wegen des Diebstahls zu zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilte S. erklärte nun, daß er sich nur unter falschem Namen angemeldet habe, um nicht wieder zum Militär eingezogen zu werden. Die Frau S. will die Leiche in ihrer Erregung tatsächlich für die ihres Mannes gehalten haben. Der Amtsanwalt legt die Sache für eine abgeleitete Komodie an und beantragt gegen die Eheleute S. je neun Monate Gefängnis. Das Gericht behandelte die von Dr. G. Gohr verteidigten Angeklagten weit milder und erkennt gegen den Ehefrau S. auf einen Monat, gegen die Frau auf zwei Monate Gefängnis.

**Verurteilte Beschuldigte.** Die Strafkammer Loraar verurteilte auf Anträge des Bezirks gegen das Beschuldigungsamt, Sib Berlin, gegen die Heereslieferantin Frau Ethia Herrmann, geb. von Köster-Bauer, in Berlin. Die Angeklagte bemühte sich um eine Lebensmittellieferung für das Artilleriedepot Loraar und bot dem Oberfeuerwerker, der den Einkauf verbot, erfolglos die Gültigkeit ihres Vertriebes an. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu 300 M. Geldstrafe.

**Auf der Zugspitze verunglückt.** Eine Partie von sechs Personen, die eine Tour auf die Zugspitze unternahm, ist tödlich verunglückt. Bis jetzt sind drei Leichen abgeholt. Unter den Verunglückten befindet sich auch das Ehepaar Dreißler aus Dresden und ein Leutnant Fischer mit seiner Frau. Die Touristen hatten die Besteigung der Zugspitze trotz schlechter Witterungsverhältnisse und eindringlicher Warnungen unternommen.

**Neue Witterungsumgebung in Frankreich.** Ein Dekret der französischen Regierung vom letzten Samstag verhängt über sämtliche Staatsbeamte und Angestellte, sich einer neuen Witterungsumgebung zu unterwerfen.

**Dampferunglück in Amerika.** Neuer meldet aus New York (Alinois) vom 6. Juli: Ein Ausflugsdampfer ist gestern Abend bei New York gegen das Klippen gelauert und umgekippt. Die Besatzung der Ertrunkenen sind auf 175 geschätzt.

**Bücherchau.**

Die letzten erschienenen Nr. 15 des Simplicissimus enthält folgende Besprechungen: Der Gott des Handels, von Witz; Am Kontor der Kapitulanten und zur Verlesung der Urkunden, von Th. 25; Blau und Feldgrau, von E. Thoms; Der Amateurphotograph, von R. Greig; Der Nachfolger George Washingtons, von Wilhelm Schulz; Bundesgenossen unter sich, von E. Schilling; Wie stelle ich ein Spielzeug her? von Karl Arnold; und Die Vorkammergehen, von S. Gullerström. Ferner ist die Nummer ausgestattet mit einer Skizze: Der Stumpfenmarkt, von Peter Michel; ferner mit je einem Gedicht: Späte Sonne, von Peter Eder; Gedichtpreis, von Rastorfer; und Kahlmann, von Ludwig Thoma. Dann folgen zwei Beiträge: Waspheime, von L. und Nord und Süd, sowie drei Beiträge unter Wieder Simplicissimus.

Der Simplicissimus liefert zur Nummer 50 Pf., die Nachhabe-Ausgabe, welche auf einem qualitativ ganz hervorragenden japanischen Papier hergestellt wird, im Halbjahresabonnement 15 M. Man kann ihn beziehen durch alle Postämter und Buchhandlungen oder direkt vom Simplicissimus-Verlag G. m. b. H. in München.

**Hochwasser.**

Mittwoch den 10. Juli: 8.35 Uhr vorm., 9.05 Uhr nachm. Donnerstag den 11. Juli: 9.45 Uhr vorm., 10.30 Uhr nachm. Freitag den 12. Juli: 11.10 Uhr vorm., 11.45 Uhr nachm.

**Arbeiter, agitiert für Eure Zeitung!**

**Bekanntmachung.** Auf Nr. 19 der Lebensmittelkarte wird vom 9. Juli an **1/2 Pfund Käse**

in den Verkaufsstellen des Werk-Vorkaufvereins, des Konsum- und Sparvereins und der Volkerei Neuenre ausgegeben. [2355]

**Kriegsverforgungsamt Rüstingen.** **Bekanntmachung.** Es wird darauf hingewiesen, daß auf Grund der Strafenordnung bei trockener Witterung die Straßen vor der Reinigung besetzt mit Wasser zu besprengen sind, daß das Regen keinen Staub aufwirft. Uebersetzungen werden zur Anzeige gebracht. Rüstingen, den 8. Juli 1918.

**Stadtmagistrat.** **Bekanntmachung.** Der Verkauf von Futtermitteln in der Markthalle findet heute Dienstag, am Donnerstag und Freitag in den bekannten Verkaufsstunden statt. [2360]

**Kriegsverforgungsamt Rüstingen.** **Bekanntmachung.** Ab Mittwoch, den 10. d. Mts. wird gegen Abgabe der Sonderkarte Nr. 31 **135 gr Käse**

- zum Preise von 1.30 M. für das Pfund in folgenden Geschäften verkauft:
- 1. Meyer, Moonstraße
  - 2. Spiegel, Moonstraße
  - 3. Wigner, Moonstraße
  - 4. Schiller, Moonstraße
  - 5. Straß, Wilhelmstraße
  - 6. Hanlein, Deichstr.
  - 7. Böna, Kaiserstr.
  - 8. Ober-Slobbaum, Kaiserstr.
  - 9. Bruns, Moonstr.
  - 10. Kämper, Moonstr.
  - 11. Schatz, Marktstraße
  - 12. Grube, Peterstraße
  - 13. in den Filialen der Volkerei Neuenre.
- 1. Busch, Börsenstr.
  - 2. Wohlfahrtsverein Wallstr.
  - 3. Anders, Sollmannstr.
  - 4. Bremer, Wallstr.
  - 5. Hlender, Bismarckstr.
  - 6. Wulff, Margaretenstr.
  - 7. Witte, Bismarckstr.
  - 8. Behrens, Bismarckstr.
  - 9. Franzen, Neuestr.
  - 10. Verab, Hg. Neuestr.
  - 11. Wulff Hg., Neuestr.
  - 12. Konsumverein, Moonstr.

Die in den einzelnen Geschäften vom letzten Käseverkauf noch vorhandenen Bestände können ebenfalls auf Sonderkarte Nr. 31 abgegeben werden und haben die in Frage kommenden Geschäfte, soweit sie vorstehend nicht aufgeführt sind, ein an sichtbar Stelle im Schaufenster angebrachtes Schild auszugeben. **Wilmshaven, den 9. Juli 1918.**

**Bekanntmachung.** Die unbekannteten Eigentümer verschiedener seit längerer Zeit auf dem Gebiet in Württemberg Lagerender Wagen und Geschütze werden hierdurch aufgefordert, ihre Eigentumsansprüche bis zum 1. August d. J. unter Befreiung der Gegenstände und Angabe der Zeit der Einlieferung hier anzumelden, widrigenfalls anderweitig darüber verfügt werden wird. [2356]

**Großherzogliche Eichungsinpektion.** **Bekanntmachung.** Betr.: Regelung des Verbrauchs der Frühkartoffeln. 1. Die wünschenswerte Verbrauchsmenge an Frühkartoffeln wird festgelegt auf 10 1/2 Pfund für den Kopf des Erzeugers auf 7 1/2 Pfund Verforgungsberechtigten auf 7 1/2 Pfund für den Kopf des Frühkartoffeln ist nur den von den Gemeindevorständen (dem Stadtmagistrat) eingerichteten Annahme- und Verkaufsstellen, als solche können auch Kartoffelzeiger bestimmt werden. 2. Der Erzeuger haben die für den eigenen Bedarf (einschließlich Saatgut) nicht benötigten Mengen an die eingerichteten Annahme- und Verkaufsstellen auf Anforderung des Gemeindevorstandes (Stadtmagistrats) zu liefern. Die Kartoffeln müssen gesund, trocken, sauber und anspreizfähig sein, und 2/3 an Wundelgröße haben. 3. Die Annahme- und Verkaufsstellen haben über den Empfang und die Ausgabe der Kartoffeln genau Buch zu führen. Die jebesam an Verbraucher abzugebende Menge darf den Bedarf für 3 Wochen nicht übersteigen. 4. Der Erzeugerschicksel für Frühkartoffeln beträgt bis weiter 10 M. für den Zentner. 5. Die Ausfuhr von Frühkartoffeln aus dem Bezirk des Amtsverbandes Jever ist verboten. 6. Die Ausfuhr von Frühkartoffeln unterlegen den Strafbestimmungen nach der Bundesratsverordnung betr. die Verforgungsregelung. Jever, den 5. Juli 1918.

**Wohn- und Geschäftshaus** mit Laden, Pferdehstall, schön. Kellerräumen, Lagerhaus und Einfahrt an bester Lage Rüstingens, preiswert unter günstigen Bedingungen zu verlaufen. Das Grundstück hat eine vorzügliche Lage für Kolonialwaren-, Gemüse-, Zigarren-, Papier- u. sonstige Geschäfte. Auskunst kostenfrei durch **Auktionat. Witte.** Marktstraße 63 L. [2351]

**Zweifamilienhaus** mit kleinem Garten in Schaarfeld, Preis 7000 M., Anzahlung 2000 M. Bestenfalls günstige Kaufgelegenheit. **Maxt. Ludw. Witte.** Marktstraße 63 L. [2352]

**Gemeinde Schortens.** Bei Georg Janßen, Feldhausen, gelangen am Donnerstag und Freitag 2358 **4200 Pfund Geflügel-Futter** zur Verteilung, à Pfd. 28 g Schortens, 9. Juli 1918. **Der Gemeindevorstand** 3. B.: **Hilmannd**

**Kriegerheimstätten-Verein** Ortsgruppe Fedderwarden. **Am Mittwoch den 10. d. M.** in Wiggers Gasthof zu Küsterfeld: **Nachbesuch** des Herrn Pastor Meyer, Fedderwarden **eine Reise an die Westfront** für Kinder . . . 4 Uhr nachmittags für Erwachsene . . . 8 Uhr abends. Eintritt 1 Mark **essen** für Kinder 50 Pfennig. **Siezu laßt freundlich ein** Der Vorstand. [2355]

**Junge Mädchen** zur Ausbildung und Hilfe im Kinderhort gegen Entlohnung gesucht. [2354] **Nachhaus Jedelluststraße, Zimmer 3a.**

**Laufjungen** für die schulfreien Nachmittage für leichte Beschäftigung bei gutem Lohn sofort gesucht. **Rob. Jackusch, Buchhandl.** Güterstraße 50. [2353]

**Friseurlehrling** auf sofort od. Oftern gesucht. **Körting, Wharen, Allee.**

**Lehrmädchen** von ordentlichen Leuten 1. oec. gute Vergütung. **E. Schmitz, 2355** Neue Straße.

**Junger Haushalt** sucht Hilfe für 2-3 Wochen. **Rüstingstr. 13, L. 1.** [2356] **Jedelluststr. 13, L. 1.**

**Answesbilder** an schnellsten und billigsten. **Beimer Straße 25, Sittler.**